



Industrieforum

Rezession: Wirtschaft im Sinkflug

Industriepolitik

Industrie Niederösterreich: Krisenrobust trotz aktueller Herausforderungen

Industriekonjunktur aktuell

Die Industrie ist und bleibt Motor der heimischen Wirtschaft

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 69 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUB, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende
des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáček



Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Georg Knill
Raus aus der Rezession

forum

Rezession: Wirtschaft im Sinkflug

Interview
„Derzeit verteilen wir Wertschöpfung, die wir gar nicht erst erzeugen.“
Bernd Raffelhüschen, Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Wettbewerbsfähig trotz anhaltender Herausforderungen

Interview:
„In Europa ist mit einer Rezession zu rechnen.“
Stefan Pierer, CEO Pierer Mobility AG und Präsident der Industriellenvereinigung ÖÖ

politik

Medizinprodukte-Unternehmen – Innovationen in einem dynamischen Umfeld

Exportpreis:
Exportstar mit langer Geschichte

Serie: Industrie Niederösterreich: Krisenrobust trotz aktueller Herausforderungen, die es zu meistern gilt.

konjunktur

4 Kommentar zur internationalen Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

6 Die Industrie ist und bleibt Motor der heimischen Wirtschaft
Mag. Andreas Mörk 32

konjunktur nach branchen

	Branchenübersicht	34
8	Gesamtindustrie	35
	Bergwerke und Stahl	35
	Stein- und keramische Industrie	36
11	Glasindustrie	36
	Chemische Industrie	37
	Papierindustrie	37
	PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton	38
	Bauindustrie	38
14	Holzindustrie	39
	Lebensmittelindustrie	39
	Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie	40
	NE-Metallindustrie	40
	Metalltechnische Industrie	41
18	Fahrzeugindustrie	41
	Elektro- und Elektronikindustrie	42
	Offenlegung, Impressum	42

22

24

inhalt

Raus aus der Rezession!

Die Industrie in Österreich steht vor großen Herausforderungen. Jetzt braucht es eine kluge Standortpolitik für den nächsten Aufschwung.

Autor: Georg Knill



Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung

Österreich befindet sich in einer Rezession und die Industrie ist besonders betroffen. Moderat, wie oft behauptet, ist dieser Einbruch der Wirtschaftsleistung keineswegs. Wenn wir Großkrisen wie Post-Lehman und Covid ausklammern, stellen wir fest, dass wir die stärkste Rezession seit 1951 haben. Wir erwarten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eine Schrumpfung von minus 0,7 bis ein Prozent und einen realen Rückgang der Industriewertschöpfung von minus drei bis minus vier Prozent.

Erst für das zweite Quartal 2024 zeichnet sich eine leichte Erholung ab. Wenn es gut läuft. Das bedeutet, dass es neben notwendigen Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa im Energiebereich, Strukturreformen braucht. Besonders lähmend ist die zunehmende Bürokratie-Lawine durch eine wachsende Zahl an regulatorischen Auflagen und Berichtspflichten, die sich durch die Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie weiter verschärfen wird. Statt sich einer Entbürokratisierung zu widmen, Leistungsanreize zu setzen und die viel zu hohe Steuerlast zu senken, hören wir aus bestimmten politischen Lagern lediglich realitätsferne Fantasien zu neuen Steuern und Ideen zu einer gesetzlich verankerten Arbeitszeitreduktion, die eine Rezession in Österreich zusätzlich befeuern würden.

Eine aktive Standortpolitik, muss Strukturreformen, wie beispielsweise im Rahmen der Pensionen oder der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, angehen um wieder ein gutes Umfeld für Investitionen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten österreichischen Industrie am Weltmarkt stärken.

Energiepreise

Bei den Energiepreisen ist es zwar zu einer gewissen Beruhigung gekommen, aber nach wie

vor sind sie zu hoch und liegen beispielsweise bei einem Vielfachen des Niveaus der USA. Erschwerend hinzu kommt ein innereuropäischer Wettlauf der Subventionen im Energiebereich – zuletzt befeuert durch die Ankündigung neuer Unterstützungsmaßnahmen in Deutschland und Eingriffe in den Energiemarkt in Frankreich. Dadurch wächst der Druck auf österreichische Industriebetriebe, denen weitere Wettbewerbsnachteile drohen. Die Industriellenvereinigung mahnt dringend die Umsetzung von konkreten Maßnahmen wie der Ausweitung der Strompreiskompensation (SAG) bis 2030 und einen Ausbau der Energie-Infrastruktur ein.

Entlastung

Gleichzeitig braucht es eine Entlastung bei Bürokratie, Abgaben und Steuern. Mit 43,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt Österreich EU-weit auf Platz vier bei der Steuer- und Abgabenquote. Das bedeutet eine zusätzliche Last für die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen. Die IV setzt sich daher für einen Entlastungspfad bis 2030 ein, mit dem Ziel, die Abgabenquote auf 40 Prozent zu senken. Eine Absenkung der Abgabenquote um einen Prozentpunkt entlastet

Wir sind in der stärksten Rezession seit 1951 und erwarten einen realen Rückgang der Industriewertschöpfung von minus drei bis minus vier Prozent.

auf Basis der Zahlen von 2022 um 4,50 Mrd. Euro, was bei Schritten im Abstand von zwei Jahren einer jährlichen Entlastung von 2,25 Mrd. Euro entspricht. Das ist mehr als die heuer beschlossene Abschaffung der Kalten Progression. Die jährlich erforderliche Einsparung beträgt aufgrund des Selbstfinanzierungseffektes 1,57

Milliarden Euro, wobei bisherige langfristige Maßnahmen wie die Abschaffung der kalten Progression bereits in das Entlastungsvolumen einfließen und die Zielerreichung erleichtern.

Handelspartnerschaften

Österreichs Wohlstand basiert zu einem großen Teil auf dem Export – jeder vierte Steuer-Euro geht auf den Handel mit Unternehmen im Ausland

Eine deutliche Stärkung internationaler Handelsbeziehungen hat in der Vergangenheit in Österreich immer zu einem signifikanten Wirtschaftsaufschwung geführt.

zurück. Eine deutliche Stärkung internationaler Handelsbeziehungen hat in der Vergangenheit in Österreich immer zu einem signifikanten Wirtschaftsaufschwung geführt – sei es durch den EU-Beitritt oder die Ost-Öffnung. Insofern ist der kürzlich erfolgte Abschluss des Handelsabkommens der EU mit Neuseeland eine sehr gute Nachricht für Österreich. Angesichts des derzeitigen Umfelds wäre nun der richtige Moment, auch das Abkommen der EU mit der Mercosur-Region zu einem Abschluss zu bringen, bei dem Österreich derzeit auf der Bremse steht. Mercosur ist als siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt ein wichtiger Wirtschaftspartner und Markt für die österreichische Industrie.

Mit diesen Maßnahmen in den Bereichen Energie, Steuern und Abgaben sowie den notwendigen Leistungsanreizen und neuen internationalen Partnerschaften kann ein guter Rahmen geschaffen werden, der es der Industrie in Österreich ermöglicht, sicher aus der Rezession zu navigieren und wieder auf einen Wachstumspfad zu finden. ■

Rezession: Wirtschaft im Sinkflug



In den letzten Monaten machte sich zunehmend Pessimismus unter den heimischen Unternehmen breit. Auf die Stagnation der Wirtschaft folgte eine Rezession, die vor allem die Industrie verstärkt trifft.

Laut den Berechnungen der Statistik Austria verringerte sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorquartal sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) saison- und kalenderbereinigt um 0,5 Prozent. Die Industrie verzeichnete ein Minus von 4,2 Prozent. Für die Rezession verantwortlich sind die stark gestiegenen Zinsen, die die Investitionstätigkeiten bremsen. Zum Krieg in der Ukraine kam im Oktober der neu entflammte Nahostkonflikt. Und dann gibt es noch den Dauerbrenner der hohen Energiekosten, der die Unternehmen belastet. Die heimische Teuerungsrate sinkt zwar, liegt aber nach wie vor deutlich über dem EU-Durchschnitt. Als Folge meldete die Industrie im Oktober bereits das achte Monat in Folge rückläufige Umsätze,

zwar fiel das Minus zuletzt geringer aus als zuvor, der Ausblick auf die kommenden Monate ist jedoch weiterhin gedämpft. Laut den letzten Wifo-Zahlen soll die Nachfrage nach Industrieprodukten 2024 stagnieren.

Die Rezession betrifft natürlich nicht nur Österreich, sie ist in der ganzen EU und sogar weltweit spürbar. Wobei sich in den USA die Wirtschaft heuer deutlich besser entwickelte als jene in der EU. Der US-Konsum wuchs kräftig aufgrund einer sehr niedrigen Sparquote und eines relativ starken Dollars. Einzelne Branchen, darunter die Rüstungs- und Chipindustrie sowie E-mobilitätsrelevante Bereiche, stützten die US-Industrieproduktion. Um so wichtiger ist es, dass Europa hier nicht den Anschluss verliert. Denn laut Ökonomen ist eine

allmähliche Erholung bestenfalls ab dem zweiten Quartal 2024 zu erwarten.

ten Arbeitsplätze und den Standort sichern sowie die Kaufkraft stärken.

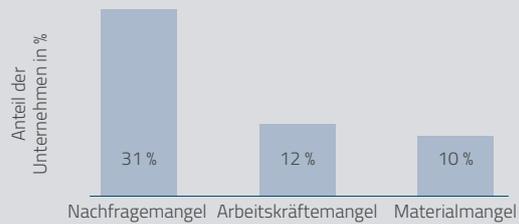
Die Folgen der Rezession

Hält der Abschwung also länger an, droht eine Abwärtsspirale, die sich bereits in Gang gesetzt hat. Die Industriebetriebe reagierten bereits auf die Rückgänge bei den Auftragseingängen und Auftragsbeständen mit einer Drosselung der Produktion. Viele der geplanten Investitionen werden überdacht oder auf Eis gelegt. Und auch die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind spürbar. Ende November waren in Österreich 352.551 Personen beim AMS arbeitslos gemeldet oder in Schulungen – das waren um rund 22.000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote betrug 6,5 Prozent. Die schleppende Auftragsentwicklung und die hohen Lohnkosten sind hier die Motoren.

Eine Antwort auf diese Entwicklung können staatliche Konjunkturprogramme und Investitionsanreize für Unternehmen sein. Hier ist die Politik gefragt, die nun ohne weitere Verzögerung die richtigen Schritte setzen muss. Es braucht eine konsequente Senkung der bestehenden Steuer- und Abgabenquote von derzeit vergleichsweise hohen 43,5 Prozent auf 40 Prozent bis 2030, wie die IV fordert. Bei den hohen Lohnabschlüssen würde auch eine Senkung der im internationalen Vergleich immer noch sehr hohen Lohnnebenkos-

Autorin: Herta Scheidinger

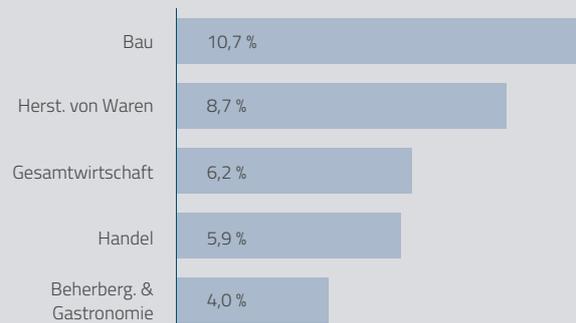
Gravierendste Produktionshemnisse in der Industrie



Quelle: Europäische Kommission; Österreichdaten für 2023 04

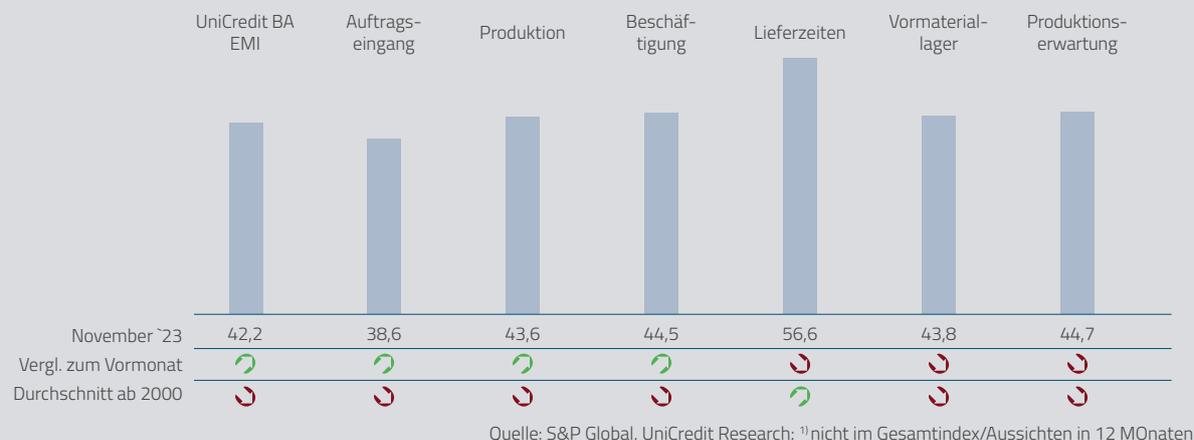
Arbeitslosigkeit nach Branchen in Österreich

Oktober 2023, Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: AMS

Bodenbildung in der österreichischen Industrie setzt sich fort



Quelle: S&P Global, UniCredit Research; ¹⁾ nicht im Gesamtindex/Aussichten in 12 MOdaten

„Derzeit verteilen wir Wertschöpfung, die wir gar nicht erst erzeugen“



Interview. Bernd Raffelhüschen, Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, im Gespräch über die Folgen der Pandemie für die europäische Industrie, Inflation und den Konjunkturunbruch.

Inmitten einer spürbaren Abkühlung der europäischen Konjunktur, die tiefgreifende Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringt, sprechen wir mit Bernd Raffelhüschen, Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er beleuchtet die aktuellen Herausforderungen und hebt die Gefahr einer fortschreitenden Deindustrialisierung hervor. Er fordert ein politisches Umdenken in Deutschland und Österreich, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Herr Raffelhüschen, Deutschland wird 2023 laut Konjunkturprognose der EU-Kommission ein negatives Wachstum von 0,4 Prozent erwirtschaften. Wir hatten letztes Jahr gute Ergebnisse in der Industrie. Wie konnte es innerhalb von wenigen Monaten so schnell bergab gehen?

Bernd Raffelhüschen: Europa ist nicht gut durch die Pandemie gekommen und hat sich sehr von Panik

und Hysterie leiten lassen. Andere Länder wie Schweden oder Dänemark, die etwas bedachter darauf reagiert haben, sind besser gefahren. Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen und haben in ganz Europa zerrüttete Staatshaushalte, was sich nun auf das Wirtschaftswachstum durchschlägt. Wir haben Investitionsstaus und keine Energieversorgung mehr, die zu vernünftigen Preisen läuft. Das hemmt die europäische Entwicklung und das zeigt sich nun beim Wirtschaftswachstum. Auch technologisch sind wir hinter die USA und China zurückgefallen. Wir wurden weit abgehängt und wir haben eine Menge aufzuholen.

Wie kann man das angesichts hoher Zinsen und hoher Inflation aufholen?

In den USA wurde die Inflation effizienter bekämpft als in Europa, wo die Europäische Zentralbank oft reaktiv agierte. Dies führt nun zu leicht höheren

Zinsen in Europa. Jedoch sind die aktuellen Zinsniveaus im historischen Vergleich moderat. Aber der schnelle Anstieg von Null auf ein mittleres Niveau belastet die Wirtschaft.

Ziehen die Zinserhöhungen nicht auch ein Währungsproblem nach sich?

Das Kernproblem bei Währungsfragen sind die Zinsdifferenziale, nicht die Zinserhöhungen selbst, und hier hat Europa Schwächen gezeigt. Trotzdem sind auch andere Regionen nicht deutlich besser aufgestellt. Eine Verbesserung in Europa könnte durch eine Stabilisierung der Energiepreise, zuverlässige Lieferketten, geordnete Staatshaushalte, verbesserte Infrastruktur und den Abbau von Investitionsstaus erreicht werden. Jedoch erfordert dies einen Rückbau des Sozialstaats in Ländern wie Deutschland, Österreich und Südeuropa, was schwierig ist, da während Friedenszeiten die Einsparungen aus reduzierten Militärausgaben oft in Sozialausgaben geflossen sind. Die Sozialausgaben sind wiederum schwer zu reduzieren. Aber dieser Schritt, zusammen mit dem Abbau von Subventionen, ist dringend notwendig.

Welche Folgen wird der aktuelle Konjunkturunbruch für den Arbeitsmarkt haben?

Konjunkturdellen hat es immer gegeben, und insofern würde ich auch nicht in Hektik und Panik verfallen, nur weil wir jetzt in eine leichte Rezession fallen. Aber das Besondere am aktuellen Konjunkturunbruch ist, dass dieser nicht auf den Arbeitsmarkt durchschlagen wird, weil wir insgesamt einen Arbeitskräftemangel haben. Aber der Einbruch belastet massiv die europäischen Staatshaushalte und darüber hinaus müssen wir mit zahlreichen Insolvenzen rechnen.

Nachdem die Staatshaushalte massiv belastet werden. Was heißt das für den Euro und die Einhaltung der Maastricht-Kriterien?

Mittlerweile gibt es kein Euroland mehr, das den Euro verdient hätte. Ironischerweise erfüllen nur wenige Länder wie etwa Dänemark die Maastricht-

Kriterien, aber diese wollen nicht in den Euro. Heute ist der Vertrag von Maastricht das Papier nicht wert, auf dem er steht.

Wäre eine Zinssenkung jetzt nicht eine Möglichkeit, die Wirtschaft wieder anzukurbeln?

Durch die Senkung der Inflation haben wir den Spielraum gewonnen, um Zinserhöhungen zu vermeiden und das ist bereits ein großer Schritt. Eine Zinssenkung ohne gleichzeitige Ausweitung der Geldmenge, wie durch den massiven Aufkauf von Staatsanleihen im Euroraum, wäre derzeit aber nicht ratsam. Wir haben immer noch eine Zentralbankgeldmenge von etwa fünf Billionen Euro, die in den letzten zehn Jahren von einer Billion auf sieben angewachsen und nun wieder gesunken ist. Zinssenkungen und Staatsanleihekäufe würden das inflationäre Risiko weiter erhöhen. Inflationäre Prozesse benö-

Wir haben Investitionsstaus und keine Energieversorgung mehr, die zu vernünftigen Preisen läuft. Das hemmt die europäische Entwicklung.

tigen zwar eine „Zündschnur“, aber unvorhersehbare Ereignisse gibt es immer, die in Kombination mit einer verfehlten Geldpolitik zur Inflation führen. Die Corona-Pandemie und die Ukraine-Krise haben uns das drastisch vor Augen geführt.

Wegen der hohen Inflation 2022/23 haben wir in Österreich Lohnverhandlungen mit hohen Forderungen. Werden die Lohnerhöhungen die Inflation wieder befeuern?

Eine nachhaltige und sich beschleunigende Inflation entsteht oft durch Lohn-Preis-Spiralen. Die Einbindung der Gewerkschaften in einen solidarischen Ansatz ist dabei entscheidend. In Deutschland haben die Gewerkschaften bisher zurückhaltender reagiert, was positiv zu bewerten ist. Die Lohn-

Preis-Spirale ist in Deutschland noch nicht so stark wie in Österreich, aber angesichts der erheblichen Reallohninbußen könnte sich dies schnell ändern. Die Herausforderung liegt darin, dies den Gewerkschaftsmitgliedern verständlich zu machen.

Deutschland, als Wirtschaftsmotor Europas, erlebt eine Deindustrialisierung. Ein Trend, der auch in Österreich sichtbar ist. Zugleich locken die USA und China europäische Unternehmen an. Warum tolerieren wir diese Entwicklung?

Deutschland als zentraler Wirtschaftsstandort Europas hat durch die Agenda 2010 ein zweites Wirtschaftswunder erlebt, von dem auch andere Staaten in Europa profitierten. Doch nach Corona und wegen anderer Faktoren wie etwa die Energiewende und gestiegene Sozialausgaben unter Merkmals großer Koalition hat sich die Situation geändert. Die Industrie, oft als umweltschädlich und energieintensiv betrachtet, findet kaum noch einen Standort. Deutschland will aber zu einem ökologischen Musterknaben werden und das hat Folgen, auch für Staaten wie Österreich. Aber die deutsche Politik muss erkennen, dass wir auf dem falschen Weg sind: Wir verteilen Wertschöpfung, die wir gar nicht erst erzeugen, anstatt sie zuerst zu generieren und dann zu verteilen.

Erkennt die deutsche Politik die aktuellen Probleme?

Politiker handeln in Demokratien gemäß den Wünschen der Mehrheiten. Das ist in Deutschland nicht anders als in Österreich oder Frankreich. Diese Mehrheiten bestehen in den europäischen Staaten zunehmend aus älteren Menschen, die Transferleistungen empfangen, statt zur Wertschöpfung beizutragen. Dies erzeugt erheblichen Druck auf die Sozialstaatshaushalte. Wenn gleichzeitig die Wertschöpfung eher behindert als gefördert wird, entsteht das, was man als die „europäische Krankheit“ bezeichnen könnte.

Warum kann sich Europa, trotz seiner Größe als Wirtschaftsraum, nicht gegen die USA durchsetzen, die mit Förderprogrammen und Zöllen derzeit die europäische Wirtschaft schädigen?

Über zwei Jahrzehnte haben die USA versucht, mit Europa eine Freihandelszone zu begründen. Das Scheitern lag nicht an amerikanischen Zöllen, sondern daran, dass Europa seine Zollschranken nicht aufgeben wollte. Die massiven Subventionen und Zölle der Europäer behinderten bisher einen solchen Freihandelsraum. Nachdem Europa jahrzehntelang blockiert hat, wenden nun die USA eine ähnliche Strategie an, was mehr als verständlich ist. Daher ist es nicht angebracht, in Europa eine Unschuldshaltung einzunehmen.

Wie kommen wir wieder aus diesem Dilemma?

Es wäre sinnvoll, neu anzusetzen und mit den USA zu verhandeln, um Zölle und Subventionen abzubauen.

Welche Maßnahmen müssen nun wirtschaftspolitisch gesetzt werden, um aus der Rezession schnell wieder rauszukommen?

Der Schlüssel liegt im Umschichten der Staatsausgaben von konsumorientierten zu investitionsorientierten Bereichen, was in allen europäischen Ländern von Bedeutung ist. Ebenso wichtig ist die Reform unseres Bildungssystems, um die Förderung von Eliten zu stärken.

Wann glauben Sie, werden wir diese Krise bewältigt haben?

Die Dauer und Ausprägung der aktuellen Konjunkturabschwächung, die Teil des normalen wirtschaftlichen Auf- und Abs ist, lässt sich nicht genau vorhersagen; kein Ökonom kann das. Sicher ist jedoch, dass es wieder einen Aufschwung geben wird – wann genau, ist allerdings ungewiss. Wichtig ist aber, dass wir jetzt nicht in Hektik und Panik verfallen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass überstürzte Reaktionen unser Wirtschaftssystem stark belasten können. Ein besonneneres Handeln hätte uns heute in eine bessere Lage gebracht. ■

Autor: Stephan Scoppetta

Wettbewerbsfähig trotz anhaltender Herausforderungen



Die Stimmung in den österreichischen Industriebetrieben ist durch die Rezession und eine überdurchschnittliche Kostenentwicklung weiter gedrückt. Mit zunehmender Sorge blicken die Unternehmer in die Zukunft, denn der Industriestandort Österreich gerät immer mehr unter Druck.

Unter den derzeitigen Bedingungen ist es für die stark exportorientierten Industriebetriebe Österreichs fast unmöglich den bisherigen Erfolgskurs weiter beizubehalten und international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die heimischen Industrieunternehmen stehen im globalen Wettbewerb unter starkem Preisdruck und müssen gleichzeitig die Folgen der herrschenden Rezession tragen. Eine Bewährungsprobe, die nicht alle

Betriebe bestehen werden, wie zu befürchten ist. Es könnten noch viele Insolvenzen drohen.

Hausgemachte Probleme

Verantwortlich für diese Situation sind die auch weiter anhaltenden geopolitischen Spannungen, die schwächelnde Weltwirtschaft und natürlich auch die Rezession in Deutschland. Gleichzeitig sind



Bei Trumpf Maschinen ist man überzeugt, dass gerade in Zeiten des Auf- und Abschwungs Marktanteile gewonnen oder auch verloren werden. Darum müssen rechtzeitig Schritte gesetzt werden.

einige der negativen Faktoren aber auch in Österreich hausgemacht, denn es steigen die Kosten am Industriestandort Österreich seit Jahren schneller als in anderen Ländern. Mit der höchsten Inflationsrate in Westeuropa und überdurchschnittlich hohen Energiepreisen büßt Österreich massiv an Wettbewerbsfähigkeit ein. Vor allem die stark steigenden Lohnstückkosten bereiten den Unternehmen Kopfzerbrechen. Dazu kommen zunehmend leerbleibende Auftragsbücher.

Trumpf Maschinen Austria vermeldet deutliche Zurückhaltung im Auftragseingang, gerade in den Kernmärkten Österreich, Deutschland und Osteuropa. Durch Zukunftsinvestitionen in eine neue Energiezentrale, kann man den Energiekosten entgegenreten, so CEO Thilo Preß. In einem Dreipunkte-Plan stellt sich Trumpf Maschinen dem aktuellen Rückgang der Aufträge, kombiniert mit den laufenden Investitionen in den Ausbau sowie der Automatisierung der Produktion, so Thilo Preß. „Der Fokus auf Herstellkosten ist in Krisenzeiten enorm wichtig, um mit Kunden weiter zusammenwachsen zu können.“

Die Entwicklung der Lohnkosten in Österreich, mit Blick auf die anderen europäischen Standorte, sieht der Manager bedenklich. „Die deutschen Standorte der Trumpf Gruppe haben mit wachsender Krisenerfahrung die Flexibilität der Arbeitsleistung erhöht. Daran sollten wir uns orientieren, um keine Mitarbeiter und wertvolles Know-how in schweren Zeiten zu verlieren. Wir wissen doch, dass gerade in Zeiten des Auf- und Abschwungs Marktanteile gewonnen oder auch verloren werden.“

Volatile Nachfrage

Borbet, Zulieferer der Automobilindustrie, ist eng mit der Entwicklung der Konjunktur seiner Kunden verbunden. Als Spezialist für Leichtbau, innovative Oberflächen, Design und umweltfreundliche Technologien bietet die Fahrzeug-Elektrifizierung seinem Unternehmen mehr Chancen als Risiken, sagt CEO Helmuth Huber. „Die Automobilindustrie ist großteils sehr gut durch die Krisenjahre gekommen, aber das deutlich gestiegene Zinsniveau bremst die Nachfrage. Sie ist von globalen Lieferketten abhängig – das bringt mehr Unsicherheiten für uns.“



Das hohe Lohnnebenkostenniveau in Österreich erschwert Kapazitätserweiterungen am österreichischen Hauptstandort von Gföllner.

Damit Österreich wettbewerbsfähig bleibt, müssen alle Player an einem Strang ziehen, so Huber, der betont, dass hohe Lohnabschlüsse „wie das Amen im Gebet“ mit ca. 30 bis 40 Prozent in der Inflation landen, „weil höhere Personalkosten Produkte und Dienstleistungen teurer machen.“ Ob der in Österreich höheren Energiekosten fordert der Manager einen liquiden und sicheren Strommarkt mit genug Koppelkapazitäten zum Nachbar Deutschland. Borbet fokussiert auch auf soziale Verantwortung, Innovationen, Forschung und Entwicklung sowie Qualität, Produktivitäts- bzw. Effizienzsteigerung, nachhaltige Technologien und Digitalisierung. „Investitionen müssen sich“, so Helmuth Huber, „wirtschaftlich rechnen, um sicherzustellen, dass sie für das Unternehmen sinnvoll, nachhaltig und langfristig erfolgreich sind – und das erfordert ein positives wirtschaftliches Umfeld für die Unternehmen im Land.“

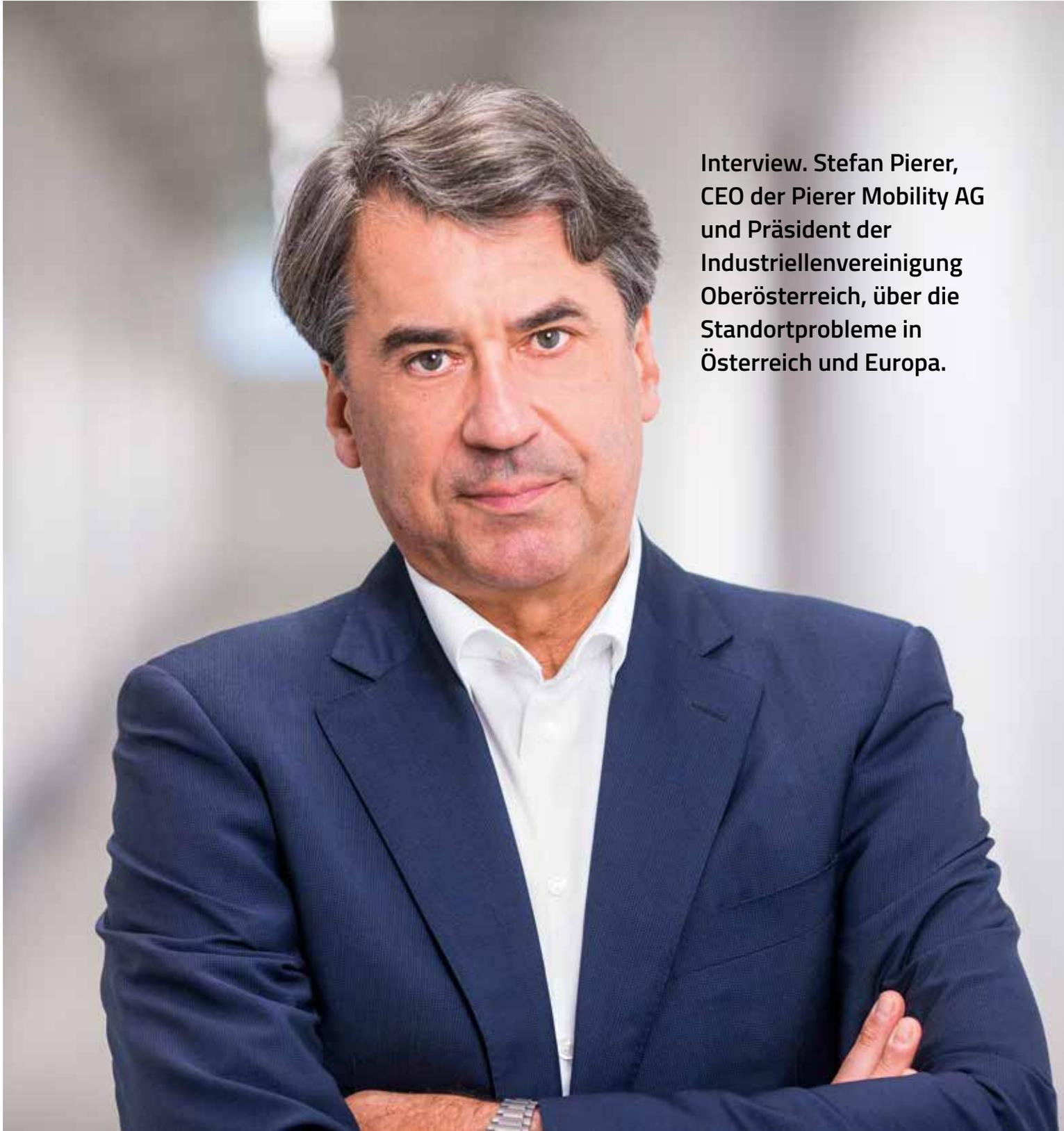
Der Weg ins Ausland

Die Gföllner Fahrzeugbau und Containertechnik GmbH verzeichnet im Fahrzeugbau und der Verla-

deteknik aufgrund fehlender Aufträge aus der Bauindustrie Rückgänge. Diese werden jedoch durch die starke Nachfrage im Spezialcontainerbau, insbesondere für die Energieverteilung, kompensiert, wie CEO Karl Pühretmair betont. „Die steigende Inflation treibt die Personalkosten in die Höhe und beeinträchtigt unsere globale Wettbewerbsfähigkeit. Das hohe Lohnnebenkostenniveau in Österreich erschwert Kapazitätserweiterungen am Hauptstandort.“ Sein Unternehmen setzt auf Automatisierung und Standardisierung, wobei die Qualität der Produkte und die Zufriedenheit der Kunden oberste Priorität hat, so der CEO. Und dann ist da noch der Schritt ins Ausland, als Lösung für die explodierenden Kosten in der Produktion. „Produkte mit hohem Lohnanteil werden in Länder mit geringeren Lohnnebenkosten, wie an unseren zweiten Produktionsstandort Tschechien, verlagert. Das stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit und ermöglichen es, den sich wandelnden globalen Anforderungen gerecht zu werden“, erklärt Pühretmair abschließend. ■

Autorin: Herta Scheidinger

„In Europa ist mit einer Rezession zu rechnen“



Interview. Stefan Pierer, CEO der Pierer Mobility AG und Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich, über die Standortprobleme in Österreich und Europa.

Der wirtschaftliche Ausblick trübt sich massiv ein. Stefan Pierer, CEO der Pierer Mobility AG und Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich, spricht im Interview über die sich wandelnde Geschäftslage, die Auswirkungen von Überregulierung und beleuchtet die Risiken, die mit einer Verteuerung des Faktors Arbeit einhergehen.

Wie ist die aktuelle Geschäftslage der Industrie?

Stefan Pierer: Seit dem dritten Quartal hat sich die Industriekonjunktur in Europa enorm verschlechtert. Besonders problematisch dabei ist, dass sich dieser Abschwung der Industriekonjunktur hauptsächlich auf Europa beschränkt und nicht weltweit zu beobachten ist. Europa hat offensichtlich ein enormes Standortproblem.

Welche Industriezweige sind davon betroffen?

Alle Branchen sind betroffen, da Europa mit einer selbstgemachten Krise konfrontiert ist. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, darunter hohe Energiepreise, demografische Herausforderungen, Überregulierung und eine mangelhafte Einwanderungspolitik. Der rasche Zinsanstieg belastet zudem die Unternehmen erheblich, treibt viele von ihnen in die Verschuldung und mindert darüber hinaus auch die Nachfrage sowie den Umsatz.

Was bedeutet die aktuelle Situation für das Jahr 2024?

In Europa ist mit einer Rezession zu rechnen. Viele Indikatoren in der Industrie deuten darauf hin. Zusätzlich verschärft die geopolitische De-Globalisierung die Lage. Diese Entwicklung ist nicht ausschließlich auf aktuelle Konflikte zurückzuführen. Aufgrund des Inflation Acts in den USA muss man als global agierendes Unternehmen mit Sitz in Europa heute fast in den USA investieren, um von den großzügigen Förderungen zu profitieren und um gleichzeitig hohe Zölle zu vermeiden. Besonders betroffen ist die Fahrzeugindustrie, insbesondere im Bereich der Elektroautos. Ein weiterer Faktor ist die anhaltende wirtschaftliche Schwäche Chinas. Zugleich drängen chinesische E-Auto-Hersteller

massiv auf den europäischen Markt. Die EU erwägt daher Schutzzölle für heimische Autohersteller, was jedoch zu Gegenmaßnahmen Chinas führen wird und kontraproduktiv wirken könnte. Insgesamt befinden wir uns in einer sehr volatilen und herausfordernden Phase der De-Globalisierung.

Meinen Sie, dass die aktuellen Probleme erst 2024 durchschlagen?

Ja, das stimmt. Die zehn Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank, die als Reaktion auf die hohe Inflation erfolgten, werden nun spürbare Auswirkungen haben und sich in den Bilanzen von 2023 niederschlagen. Höhere Zinsen bedeuten steigende Kreditkosten für Unternehmen und Verbraucher, was Investitionen und Konsum bereits jetzt deutlich einbremst und weiter einbremsen wird. Dies verlangsamt das Wirtschaftswachstum. Zudem könn-

Seit dem dritten Quartal hat sich die Industriekonjunktur in Europa enorm verschlechtert. Europa hat offensichtlich ein enormes Standortproblem.

ten höhere Zinsen zu niedrigeren Bewertungen von Aktien und anderen risikobehafteten Vermögenswerten führen, was sich auf die Bilanzen auswirkt, insbesondere bei hoch verschuldeten Unternehmen oder solchen mit großen Investitionen in risikoreiche Anlagen. Die Bilanzen von 2023 werden ein noch klareres Bild davon geben, wie hart diese Maßnahmen wirken und welche längerfristigen Auswirkungen sie haben werden. Sicher ist schon jetzt, dass wir in einer Rezession stecken und damit ein negatives Wachstum haben.

Die Industrie braucht also dringend eine Zinssenkung?

Die Notwendigkeit von Zinssenkungen in Europa ist unausweichlich, um ein massives Problem zu verhindern. Ein kritischer Punkt dabei ist die hohe

Staatsverschuldung einiger Länder. Durch die kürzlich sprunghaft angestiegenen Zinsen sind die Zinszahlungen aller Länder erheblich gestiegen. Und das trifft nicht nur einige wenige Länder in Südeuropa, auch Länder wie Österreich und Deutschland spüren bereits die negativen Auswirkungen. Die gestiegenen Zinsen belasten die Haushalte aller Länder in der Eurozone zunehmend und das erhöht das Risiko finanzieller Instabilität massiv. Daher ist es entscheidend, dass europäische Länder gemeinsame Strategien entwickeln, um diese Herausforderungen anzugehen. Maßnahmen wie finanzielle Unterstützung, Reformen und möglicherweise eine Koordinierung der Fiskalpolitik könnten notwendig sein, um die finanzielle Stabilität in Europa zu gewährleisten und mit diesen wachsenden finanziellen Belastungen umzugehen.

Kann Österreich im internationalen Wettbewerb der Industriestandorte mithalten?

Bald nicht mehr, denn Arbeitskraft in Österreich ist schon jetzt sehr teuer. Das lässt sich am besten an



Stefan Pierer warnt vor der drohenden Abwanderung der Betriebe.

einem Beispiel verdeutlichen. Wir als global tätiges Unternehmen kalkulieren folgende Lohnkosten für Blue-Collar-Worker an unseren weltweiten Produktionsstandorten: In Süddeutschland beträgt der jährliche Durchschnittslohn etwa 56.000, in Österreich 54.000, in Bulgarien 14.000, im chinesischen Hangzhou 14.000 und im indischen Pune sogar nur 8.000 Euro.

Was sind die Folgen, wenn die Löhne weiter steigen?

Steigen die Löhne nur um vier Prozent, würden wir erstmals höhere Lohnstückkosten als Deutschland haben und in Europa die Spitzenposition in dieser Hinsicht einnehmen. Dabei muss man bedenken, dass 60 Prozent der in Österreich hergestellten Waren exportiert werden. Davon gehen 40 Prozent nach Deutschland. Ein weiterer massiver Anstieg der Lohnkosten würde unsere Wettbewerbsfähigkeit erheblich beeinträchtigen und uns definitiv Wohlstand kosten. Was zudem gerne übersehen wird ist, dass die hohen Lohnerhöhungen nicht bei den Arbeitnehmern ankommen, da 50 Prozent an den Staat in Form von Steuern und Abgaben fließen. Deshalb hat die Regierung seit 2022 eine Nettzahlungsmöglichkeit direkt an den Mitarbeitern geschaffen. Zudem wurde die kalte Progression abgeschafft.

Besteht nicht das Risiko, dass Unternehmen abwandern?

Ja, es wird gerne übersehen, dass viele europäische Unternehmen bereits abwandern. Dieser Trend wird sich voraussichtlich auch in Österreich verstärken.

In welchen Bereichen wandern die Unternehmen bereits ab?

In Deutschland ist bereits eine signifikante Veränderung zu beobachten. Große Fahrzeughersteller wie VW, BMW und Mercedes haben bedeutende Produktionsstätten in den USA eröffnet. Der Hauptgrund dafür ist, dass sie zur Vermeidung hoher Zölle ihre Elektroautos direkt in den USA produzieren müssen. Zudem profitieren sie dort von erheblichen staatlichen Unterstützungen. Diese Entwick-

lung zwingt viele europäische Industriebetriebe, insbesondere in der Automobilbranche, dazu, ihre Produktion in die USA zu verlagern. Dadurch wird die Produktion, die zuvor in Deutschland oder anderen europäischen Ländern stattfand, nun in die USA verlegt. Angesichts der Tatsache, dass Österreich in der Fahrzeugzulieferindustrie eine wichtige Rolle spielt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis wir die Auswirkungen dieser Verschiebungen auch hier spüren werden.

Wie sehen Sie die unmittelbaren Auswirkungen der Produktionsverlagerung großer Unternehmen in die USA auf den europäischen Arbeitsmarkt und die lokale Wirtschaft?

Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Verlagerung auf den europäischen Arbeitsmarkt sind natürlich besorgniserregend. Die Verlagerung von Produktionsstätten kann zu einem direkten Verlust von Arbeitsplätzen führen, was insbesondere in den Branchen, die von diesen Unternehmen abhängen, spürbar wird. Lokale Zulieferer und kleinere Unternehmen, die bisher Teil der Lieferkette waren, könnten geschäftliche Einbußen erleiden. Dies führt nicht nur zu einem Rückgang der Beschäftigung, sondern beeinträchtigt auch die lokale Wirtschaftsstruktur und kann regionale Ungleichheiten verschärfen.“

Inwieweit könnte diese Verschiebung der Produktionsstandorte langfristig die Innovationskraft und technologische Entwicklung in Europa beeinflussen?

Langfristig könnte diese Verlagerung der Produktion die Innovationskraft in Europa erheblich schwächen. Wenn führende Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ins Ausland verlegen, verlieren wir nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch wichtiges technologisches Know-how und Expertise. Dies kann zu einer Verringerung der F&E-Kapazitäten in Europa führen, was wiederum unsere Fähigkeit zur Innovation und zum technologischen Fortschritt beeinträchtigt. Außerdem riskieren wir, in einer global vernetzten Wirtschaft zunehmend abhängiger von außereuropäischen Technologien und Fachwissen zu wer-

Wenn führende Unternehmen ihre F&E-Aktivitäten ins Ausland verlegen, verlieren wir Arbeitsplätze und wichtiges technologisches Know-how und Expertise.

den, was unsere Position auf dem Weltmarkt schwächen könnte.

Könnte das auch zu Spannungen zwischen den USA und Europa führen?

Spannungen gibt es bereits, aber die USA sehen das noch gelassen. Aber sollte die EU Gegenmaßnahmen ergreifen, um ihre eigenen Industrien zu schützen, wird das sicher nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die aktuelle Lage ist auf jeden Fall sehr explosiv.

Wie bewerten Sie die Auswirkungen der aktuellen EU-Umwelt- und Nachhaltigkeitsvorschriften auf die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen?

Europa hat sich mit dem gut gemeinten Green Deal, der Taxonomie und auch dem Lieferkettengesetz übernommen. Damit regulieren wir die Wirtschaft zum Stillstand und global aufgestellte Unternehmen weichen aus, indem sie Europa verlassen. In meinen Augen haben wir bereits den Kipppunkt erreicht. Gehen wir darüber hinaus, wird das massive Folgen für den Standort haben.

Wo braucht es aus Ihrer Sicht dringend ein Umdenken?

Zum Beispiel muss sich in Österreich Leistung wieder lohnen. Teilweise gibt es hier bereits in der Politik eine Neuorientierung, aber noch sind das nur sehr zaghafte Ansätze. Zu oft wird noch mit Verboten und zu wenig mit Anreizsystemen gearbeitet, um zum Beispiel die Innovationskraft des Standortes wieder zu steigern. Hier braucht es dringend einen Perspektivenwechsel. Aber vielleicht braucht es eine große Krise, um ein Umdenken herbeizuführen. ■

Autor: Stephan Scoppetta

„Medizinprodukte-Unternehmen – Innovationen in einem dynamischen und komplexen Marktumfeld“



Auch die heimischen Medizinprodukte-Unternehmen durchlaufen herausfordernde Zeiten.

In der Gesundheitsversorgung Österreichs spielen qualitativ hochwertige und innovative Medizinprodukte seit jeher eine zentrale Rolle.

Darüber hinaus sind die heimischen Medizinprodukte-Unternehmen aufgrund ihrer heterogenen Vernetzungen auch für ein vitales und stabiles volkswirtschaftliches Gesamtsystem bedeutend. In ihrem gesamtwirtschaftlichen Umfeld lösen sie 2021 mittel- wie unmittelbar Umsätze von 18,60 Mrd. EUR sowie eine gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung von 5,48 Mrd. EUR aus und sichern pro Jahr in Summe mehr als 61.800 Arbeitsplätze. Die Branche hat sich im letzten Jahrzehnt – gemessen am Umsatz – überdurchschnittlich positiv entwickelt und sich auch in Krisenzeiten resilient gezeigt, wie eine aktuelle Studie des IWI im Auftrag der AUSTROMED zeigt.

Derzeit durchleben jedoch auch Medizinprodukte-Unternehmen herausfordernde Zeiten. Verantwortlich dafür sind u.a. multiple Krisenereignisse sowie innovationstreibende und an Tempo zunehmende Megatrends wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Vor diesem systemischen Hintergrund und dem immer schneller werdenden Wandel gilt es für Unternehmen mehr denn je, Innovation voranzutreiben, um wirtschaftlich erfolgreich und (international) wettbewerbsfähig zu sein bzw. dies künftig auch zu bleiben.

Neben diesen Herausforderungen, welche aktuell die gesamte heimische Unternehmenslandschaft und den Wirtschaftsstandort herausfordern, ist das Innovationssystem bzw. die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Medizinprodukte-Unternehmen weiters durch insbesondere drei Besonderheiten beeinflusst, die sich aus (branchen-)spezifischen Strukturmerkmalen ergeben:

Erstens zeichnet sich die Branche durch eine stark heterogene Struktur, eine enorme Produktvielfalt sowie durch zahlreiche Einsatzgebiete der über 750.000 am Markt befindlichen Produkte aus. Sie vereint als Querschnittsbranche und interdisziplinär ausgerichtetes Innova-



tionsfeld viele Forschungsbereiche und (technologische) Entwicklungslinien sowie wissenschaftliche und wirtschaftliche Akteure.

Weiters bewegen sich Medizinprodukte-Unternehmen in einer stark regulierten Branche – von der Zulassung bis zur Kostenerstattung von Medizinprodukten. Sie müssen im Zuge von Marktzugangsverfahren strenge und komplexe Vorgaben der europäischen (EU-Verordnung über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika – MDR/IVDR) sowie nationalen Rechtssetzung (Gesetze und Verordnungen) umsetzen. Auch die Kostenerstattung (Reimbursement) als Erlösquelle und Unikum des Gesundheitsmarkts kann als weitere relevante Zugangsbarriere gesehen werden.

Und drittens steht die Branche in Europa trotz nur bedingt marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen unter starkem Kosten-, Preis- und Wettbewerbsdruck. Dieser kommt zunehmend durch Medizinprodukte-Hersteller aus China und anderen Emerging Markets und im Zuge einer fortschreitenden Digitalisierung häufig auch von branchenfremden Unternehmen, die verstärkt in den Gesundheits- bzw. Medizinproduktmarkt vordringen, der aufgrund von steigender Lebenserwartung, erweitertem Gesundheitsbegriff, alternder Bevölkerung und der Zunahme chronischer Erkrankungen etc. hohe Wachstumschancen verspricht. Zusätzlich erhöhter Preisdruck durch die Leistungserbringer in der Gesundheitsversorgung (Stichwort: Einkaufskooperationen) besteht in der Branche schon des längeren und droht in den kommenden Jahren weiter anzuwachsen wenn u.a. die teils hohen Ausgaben im Zusammenhang mit Kriseneindämmungsmaßnahmen in den Budgets schlagend werden bzw. Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich umgesetzt werden müssen.

Trotz dieser komplexen und herausfordernden Ausgangssituation ist das Innovationsgeschehen im Zusammenhang mit Medizinprodukte-Unter-

nehmen ausgeprägt und vielfältig, wodurch sie im heimischen Innovationssystem einen gewichtigen Stellenwert haben. Innovationen erstrecken sich dabei über das gesamte Versorgungsspektrum des Gesundheitssystems: von Prävention über Diagnostik und Therapie bis hin zu Rehabi-



litation und Nachsorge. Der Kern der Medizinprodukte-Branche – vielfach Klein- und Mittelunternehmen (KMU) – innoviert stark anwendungsnah, erfahrungsbasiert und inkrementell. Neue Ideen und Produkte, Dienstleis-

Die EU-Verordnung über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika hat das Innovationsklima im ganzen EU-Raum deutlich eingetrübt.

tungen und/oder Prozesse sind dabei geprägt vom Versorgungsbedarf bzw. dem Nutzen für Patient und Anwender. Auch die Unternehmen des Medizinprodukte-Handels haben eine zentrale Rolle und sorgen mit hohem Erfahrungswissen und Serviceorientierung dafür, innovati-

ve Produkte ins heimische Gesundheitssystem zu bringen und medizinische Prozesse zu verbessern.

Bürokratie, intransparente Systeme sowie Planungs- und Investitionsunsicherheiten werden



gerade im Zuge von Innovationsaktivitäten jedoch immer mehr zum Hindernis und bremsen Innovation. Der Gesamtprozess von Innovation im Medizinprodukte-Bereich hat in den letzten Jahren deutlich an Komplexität, Kosten- und Ressourcenintensität und damit auch Dauer zugenommen. Insbesondere die Auswirkungen der EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) und In-vitro-Diagnostika (IVDR) stellen die Branche derzeit vor große Herausforderungen. Die MDR hat das Innovationsklima nicht nur in Österreich, sondern im ganzen EU-Raum deutlich eingetrübt.

Es besteht also für die kommenden Jahre kein Mangel an Herausforderungen – ganz im Gegenteil. Die Unternehmen insbesondere auch KMU werden mehr denn je gefordert sein ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang müssen von den Unternehmen Chancen realisiert bzw. dynamische Anpassungsleistungen u. a. bei der Digitalisierung und Nachhaltigkeit bewältigt werden

– im eigenen Unternehmen und über die Unternehmensgrenzen hinweg. Die Umsetzung von innovativen Produkten und Prozessen für ein sich wandelndes – aber auch für ein von Pflegenotstand und Ärztemangel geprägtes – Gesundheitssystem bietet Chancen, die es verstärkt zu



higkeit der Branche. Es geht hier vor allem um adäquate Rahmenbedingungen und Systeminnovationen bspw. im Erstattungsbereich, aber auch um Transparenz sowie Planungs- und Investitionssicherheit. Gerade letztere ist in einem international schwieriger werdenden Marktum-



realisieren gilt. Potenziale sind vor allem hinsichtlich beschleunigter Arbeitsabläufe, vertiefter Datenanalysen etc. zu sehen. Prozessinnovationen, die den Alltag von Patienten und Anwendern erleichtern, Arbeitsprozesse verbessern und Ressourcen schonen sind bspw. ein wesentliches Chancenfeld. Die besondere Nähe der Branche zu den Anwendern kann in diesem Zusammenhang als Stärke ausgespielt werden. Auch unternehmensintern müssen Chancen genutzt werden Prozessverbesserungen in Wettbewerbsvorteile umzumünzen.

Neben der Kreativität und dem Einsatz der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter ist ein innovations- und wettbewerbsfreundliches sowie -förderndes Umfeld notwendig, welches Ausdruck eines politischen und gesellschaftlichen Klimas ist. Themenfelder wie Zulassungsbedingungen (Benannte Stellen) oder auch das Erstattungssystem sind nach wie vor von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbs- und Innovationsfä-

feld von immer größerer Bedeutung für die Unternehmen und von hoher Standortrelevanz. Aktuell müssen Chancen somit auch von Seiten der Politik realisiert werden. Es braucht ein langfristiges und nachhaltiges Bekenntnis zu einem qualitativ hochwertigen und innovativem Ge-

Zulassungsbedingungen oder auch das Erstattungssystem sind von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Branche.

sundheitssystem sowie zu einem starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Österreich bzw. Europa. ■

Autor: Mag. Philipp Brunner (IWI)

Ein Exportstar mit langer Geschichte

Es ist eine wahre Erfolgsstory, die Österreichs Exportwirtschaft in den letzten Jahren geschrieben hat.



Der Exportpreis in der Kategorie „Global Player Award 2023“ ging an wienberger.

Mit dem Exportpreis holt ADVANTAGE AUSTRIA jedes Jahr Unternehmen vor den Vorhang, die sich erfolgreich in internationalen Märkten engagieren und damit auch eine Vorbildwirkung haben.

Heuer ging der „Global Player Award“ 2023 an wienberger. Und das hat seinen Grund: Seit mehr als 200 Jahren verbessert wienberger von Österreich aus, das Leben von Menschen in der ganzen Welt, indem mit innovativen

und nachhaltigen Lösungen ein energieeffizientes, gesundes, klimafreundliches und leistbares Wohnen ermöglicht wird. „Von daher freut es uns sehr, dass wienberger heuer von einer unabhängigen Expertenjury mit dem Global Player Award 2023

ausgezeichnet wurde, der ausschließlich an österreichische Vorzeigeunternehmen, die eine starke Stellung am Weltmarkt und einen „Internationalisierungs-Footprint“ hinterlassen haben, vergeben wird. Denn wir müssen wieder stolz sein können auf das, was wir tun, für unser Land und für die Unternehmen, die es wirtschaftlich prägen“, zeigt sich wienerberger CEO Heimo Scheuch erfreut.



Heimo Scheuch, CEO von wienerberger

Mit mehr als 200 Produktionsstandorten in 27 Ländern ist der wienerberger-Konzern der größte Ziegelproduzent weltweit. Eine starke Präsenz in den Märkten ist wichtig, um die Konzern-Strategie auch weltweit verfolgen zu können. Scheuch: „Von unserem Hauptquartier in Wien aus, direkt neben einer renaturierten ehemaligen Tongrube, dem heutigen Erholungsgebiet Wienerberg gelegen, steuern wir das Geschäft rund um den Globus. Neben dem Heimmarkt Europa haben wir ein starkes Standbein in Nordamerika sowie ein Ziegelwerk in Indien. Dabei ist Nachhaltigkeit zentraler Bestandteil der Strategie von wienerberger, denn unser Einsatz für die Umwelt basiert auf drei Säulen – Biodiversität, Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung.“ Im Sinne der Nachhaltigkeit sind die Werke daher überall dort, wo es ausreichend natürliche Rohstoffe gibt, beispielsweise für keramische Produkte, sowie kurze Transportwege für eine ressourcenschonende Produktion.

Export als Erfolgsrezept

Der nachhaltige Erfolg von wienerberger beruht auf der Innovationsführerschaft als Anbieter von ökologischen Lösungen in den Bereichen Neubau und Renovierung sowie für Infrastruktur im Wasser- und Energiemanagement; darüber hinaus auf der wertschaffenden Wachstumsstrategie, mit der der Konzern Wachstumschancen durch Investitionen in seinen Märkten aktiv verfolgt und durch Akquisitionen einen Mehrwert für die Aktionäre schafft.

„Unser grundlegendes Ziel ist es aber, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen zu schaffen. Diesen Weg werden wir auch weiter fortsetzen und unser innovatives Lösungsportfolio mit Fokus auf Nachhaltigkeit in den Bereichen Neubau und Renovierung sowie für Infrastruktur im Wasser- und Energiemanagement weiter ausbauen. Wir sind überzeugt,

dass wir mit dieser Ausrichtung für zukünftige Herausforderungen und Chancen gerüstet sind und blicken positiv in die Zukunft“, bekräftigt Scheuch.

Wie wichtig ist nun eine florierende Exportwirtschaft für wienerberger? „Wir leben in Zeiten globaler Volatilität: die dominierenden Themen wie geopolitische Instabilität, Stichwort Ukraine und ganz aktuell im Nahen Osten, die höchste Kosteninflation der letzten Jahrzehnte, hochvolatile Energiekosten und steigende Hypothekenzinsen. All das hat massive Auswirkungen, nicht nur auf die Weltwirtschaft, sondern weit darüber hinaus. Doch eine florierende Exportwirtschaft, generell ein starkes wirtschaftliches Umfeld ist auch Grundlage auch für soziale Stabilität und das Erreichen ökologischer Ziele, wie beispielsweise dem Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 im Rahmen des Green Deal der EU“, erklärt der wienerberger-CEO.

Für Unternehmen, die den Schritt ins Ausland wagen wollen, hat Heimo Scheuch folgenden Rat: „Geduld ist eine der Tugenden, die man nicht hoch genug schätzen kann, gerade wenn es darum geht zu expandieren oder einen Schritt ins Ausland zu machen – bei wienerberger hat es bis zum Beginn der Internationalisierung schließlich auch über 160 Jahre gedauert. Aber dann war der richtige Moment da. ■“

Autorin: Herta Scheidinger



Niederösterreichs Industrie-Betriebe benötigen insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Mechatronik sowie Informatik gut ausgebildete Fachkräfte.

Krisenrobust trotz aktueller Herausforderungen, die es zu meistern gilt

Die Industrie sorgt dafür, dass Niederösterreich auch weiterhin ein starker und attraktiver Standort bleibt, denn sie bildet ein sicheres wirtschaftliches Fundament und bietet attraktive, zukunftsfitte Jobs.

Der Wirtschaftsstandort Niederösterreich zeichnet sich durch einen ausgeprägten industriellen Kern aus. Die Industrieunternehmen generieren Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze und entwickeln innovative Technologien. Sie sind intensiv mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen vernetzt und am Wirtschaftsstandort tief verwurzelt. Die Wirkung der Industrie als Impulsgeber und Multiplikator in der niederösterreichischen Regionalwirtschaft bzw. österreichischen Volkswirtschaft ist daher von grundlegender Bedeutung.

Die 998 Industrieunternehmen in NÖ beschäftigen 58.378 Mitarbeitende (WKNÖ, Stand: 30.6.2023). Der erwirtschaftete Umsatz lag im Kalenderjahr 2022 bei 38,2 Milliarden Euro. Wenn man den Servoindustriellen Sektor in Niederösterreich dazu rechnet wird mehr als die Hälfte der regionalen Wertschöpfung erwirtschaftet.

Niederösterreichs Industrie ist sehr exportorientiert, das Exportvolumen betrug 29,3 Milliarden Euro (Statistik Austria 2023). 85 Prozent der Waren werden nach Europa exportiert, sieben Prozent nach Amerika, sechs Prozent nach Asien, knapp ein Prozent nach Afrika und ein Prozent in andere Regionen der Welt (Economica, Die niederösterreichische Exportdynamik 2022).

Aktuell sehen sich die Unternehmen der niederösterreichischen Industrie mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählen der Mangel an qualifizierten Facharbeitskräften, zunehmender internationaler Wettbewerb (Preisdruck), steigende Kosten (überdurchschnittlich hohe Lohnstückkosten im internationalen Vergleich), hohe Energiekosten sowie schwierige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und weitere Unsicherheiten bedingt durch den Ukrainekrieg. Aber auch neue Technologien und Prozesse stellen die Industrie-

unternehmen vor Herausforderungen, denn sie müssen sich die Kompetenz bewahren, unter neuen Marktanforderungen weiterhin erfolgreich zu sein. Es ist daher wichtig, eine Unternehmenskultur zu etablieren, die stete Weiterentwicklung lebt und fördert, um die Resilienz zu stärken und krisenrobust zu bleiben.

Ausbildung fördern

Niederösterreichische Unternehmen sind mit einem akuten Nachwuchs- und Fachkräftemangel konfrontiert. Die Nachfrage nach Personen, die eine Ausbildung in den Naturwissenschaften bzw. im technischen Bereich haben (MINT-Fächer), wird spürbar steigen. Investitionen in Aus- und Weiterbildung sind daher notwendig, um qualifizierte Fachkräfte zu bekommen und zu halten.

In der Industrie NÖ absolvierten 2.643 junge Menschen im Jahr 2022 eine Lehrausbildung. 18 Prozent aller Lehrlinge in der gewerblichen Wirtschaft in NÖ werden von Industriebetrieben ausgebildet. Um noch mehr junge Menschen für eine Ausbildung in den Betrieben der Industrie NÖ zu interessieren, setzen die Unternehmen viele Aktivitäten, wie Kooperationen mit Schulen und Berufsinformationsveranstaltungen. Auch die Tage der offenen Tür, in denen die IVNÖ gemeinsam mit der WKNÖ gezielt junge Menschen ansprechen und die vielfältigen Berufsfelder und Ausbildungsmöglichkeiten präsentieren, zählen dazu. Heuer öffneten mehr als 40 Industriebetriebe in ganz Niederösterreich ihre Werkstore und gewährten 25.000 Besuchern Einblicke in ihre Produktionen.

Mit einem neuen „Chemieforscherheft“ will Niederösterreichs Chemische Industrie Jugendliche verstärkt für Chemie und eine Berufswahl mit chemischem Hintergrund gewinnen. Es soll gezeigt werden, dass man mit einem Beruf in der chemischen Industrie beste Aussichten hat, an innovativen Lösungen der Zukunft mitzuarbeiten und aktiv zur Nachhaltigkeit beizutragen.

Das Ideenforum „Holzausbildung NÖ“ beschäftigt sich unter anderem mit der Ausbildung von Fach-



kräften und den Institutionen, die Arbeitskräfte für die Holzindustrie ausbilden – angefangen bei der Lehre mit der Berufsschule in Pöchlarn, Neuen Mittelschulen mit Holzschwerpunkt über forstwirtschaftliche Fachschulen und HTLs (Mödling, Krems) bis zu Fachhochschulen und Universitäten (NDU, BOKU Standort in Tulln, FH Wieselburg).

Um die praxisorientierte Ausbildung in Niederösterreichs HTLs zu unterstützen, wurde die Initiative „proHTL“ ins Leben gerufen.

HTL haben einen hohen Stellenwert

Die Industrie NÖ benötigt insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Mechatronik sowie Informatik eine große Zahl an gut ausgebildeten Fachkräften. Neben den Lehrlingen nehmen hier insbesondere die Absolventen der HTL einen hohen Stellenwert ein, da an den HTL praxisorientiert und wirtschaftsnahe ausgebildet wird. Um hier einen Unterstützungsbeitrag zu leisten, wurde von den Fachgruppen der metalltechnischen und der chemischen Industrie in der Wirtschaftskammer Niederösterreich (WKNÖ) die Initiative „proHTL“ ins Leben gerufen, die einen Fördertopf mit 75.000 Euro bereithält. Die HTLs in NÖ werden von der Initiative eingeladen, ein Investitionsprojekt einzureichen. Mit „proHTL“ soll ein zusätzlicher Impuls geleistet werden, damit die Ausbildung angesichts der Geschwindigkeit des technologischen Wandels am Puls der Zeit bleibt.

Zukunftsfit mit New Work

Um sich als zukunftsorientierter Arbeitgeber zu präsentieren, muss sich bei den Unternehmen der Fokus verschieben, weg von starren Organisationen mit fixen Arbeitszeiten in Richtung flexibler Arbeitsplatzgestaltung und Selbstverwirklichung. Das



Um junge Menschen für die Berufe in der Industrie zu interessieren, werden Kooperationen mit Schulen, Berufsinformationsveranstaltungen und Lehrlingswettbewerbe unterstützt.

WIFO identifizierte in der Studie „New Work in der Industrie“, im Auftrag der Fachgruppe Metalltechnische Industrie der Wirtschaftskammer Niederösterreich, Good-Practice-Beispiele, die die Mitgliedsbetriebe darin unterstützen sollen, flexibel auf Auftragsschwankungen zu reagieren, sowie die Mitarbeiterbindung und die Arbeitskultur im Betrieb zu stärken. Dabei kristallisierten sich vier Themenblöcke als Schwerpunkte für gelungene New Work-Ansätze heraus:

Arbeitszeitgestaltung: Good-Practice-Beispiele etwa beim Einsatz eines Mix an Schichtmodellen in einem Betrieb.

Arbeitsplatzgestaltung: Co-Working-Spaces: neue Wege in der Ausgestaltung betrieblicher Infrastruktur. Zeitgemäße Ausstattung der Arbeitsplätze und Gemeinschaftsräume, die auch die Arbeitssicherheit miteinschließt.

Aus- und Weiterbildungsaktivitäten: Maßnahmen zur gezielten Ansprache von jungen Menschen, um sie für die Lehrausbildung zu gewinnen.

Arbeitskultur und Wertschätzung: die bestehende Belegschaft halten und neue Arbeitskräfte finden. Dazu zählt etwa das Employer Branding.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, kommt der Ausbildung von Lehrlingen große Bedeutung zu.



Infrastruktur für F & E

Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und den Standort abzusichern, sind Innovation, Forschung und Entwicklung in heimischen Betrieben unabdingbar. Deshalb hat Niederösterreich seine Forschungslandschaft zuletzt intensiv ausgebaut. Mit dem ISTA, den Technopolen in Tulln oder Wiener Neustadt, den Universitäten in Krems und St. Pölten sowie den zahlreichen Fachhochschulen wurde dafür eine hervorragende Infrastruktur geschaffen. Besonders stolz ist man bei der Industrie NÖ auf die Möglichkeit einer Ausbildung in angewandten chemischen Wissenschaften: Die Fachhochschule IMC Krems bietet seit 2018 das Bachelor-Studium Applied Chemistry an. Die FOTEC in Wiener Neustadt wiederum wird durch die Sparte Industrie speziell bei deren Arbeiten rund um Additive Fertigung und das Post-Processing unterstützt. Die Technopole bieten für unsere Unternehmen hervorragende Anlaufstellen für Forschungsprojekte.

Offenheit für neue Technologien

Die Energiepreise liegen in abgete in Europa und Österreich, deutlich über dem Niveau anderer Regionen wie USA und Asien. Das ist insbesondere für jene Betriebe ein Problem, die im internationalen Wettbewerb stehen. Auf den Standort Niederösterreich hat das wesentliche Auswirkungen, da die Hälfte des Umsatzes der Industriebetriebe im Ausland erwirtschaftet wird. Viele Unternehmen haben Exportquoten von mehr als 90 Prozent. Um zukunftsfähig zu bleiben, benötigen Unternehmen deshalb ein neues Umwelt- und Energiebewusstsein. Themen wie Wärmerückgewinnung, Recyclingprozesse oder der Einsatz von erneuerbaren Energien kommt besondere Wichtigkeit zu.

Niederösterreichs Unternehmen sind in puncto Energie mittlerweile sehr divers aufgestellt und arbeiten aktiv an der Umstellung von industriellen Prozessen, um effizienter zu werden. Das geht bei vielen über Elektrifizierung, andere werden aber auch in Zukunft gasförmige Energieträger für ihre Produktionsprozesse benötigen.

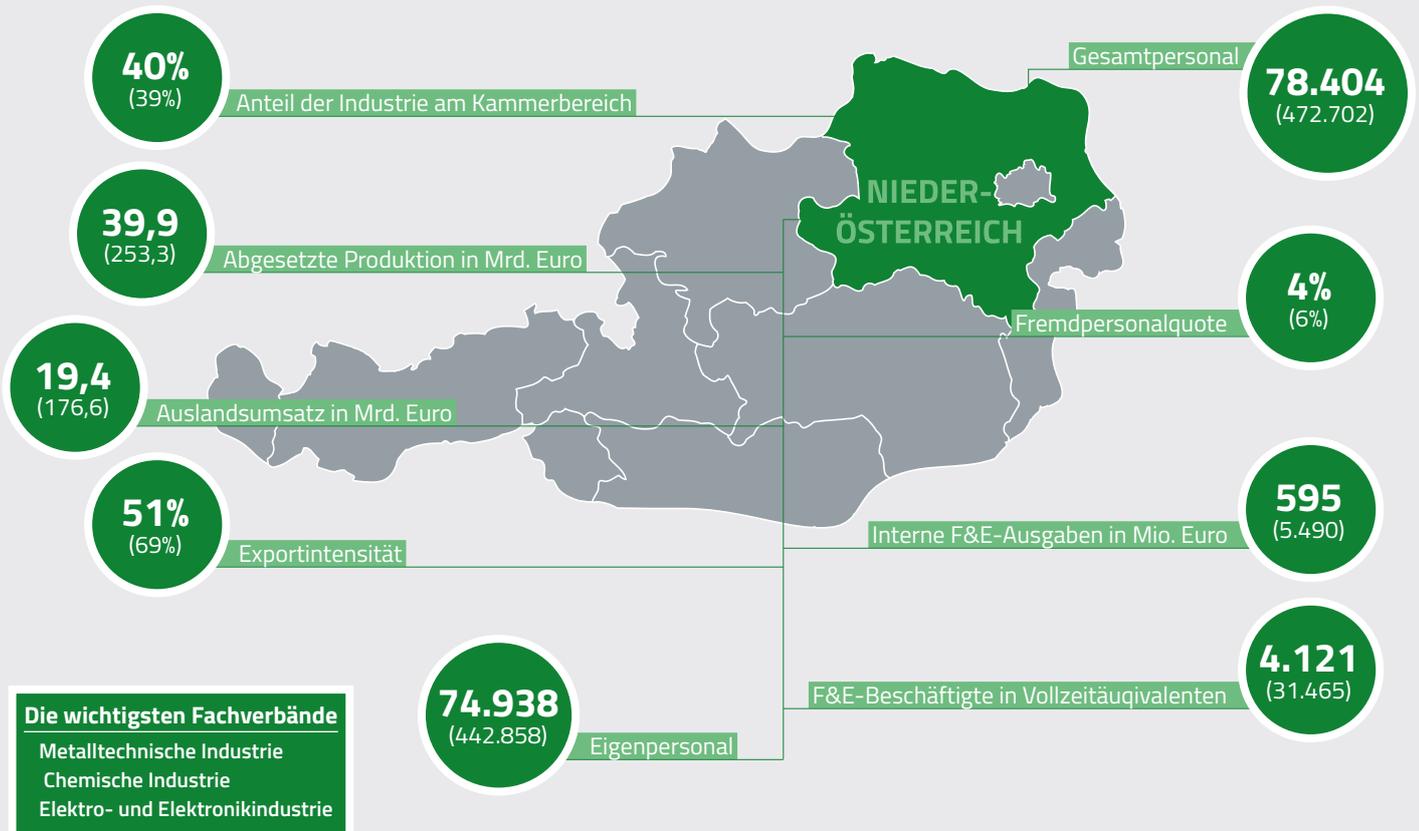
Daher ist es wichtig, dass der Politik bewusst ist, dass die sichere Versorgung mit kostengünstiger Energie nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft ein bestimmender Umstand für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand Niederösterreichs sein wird. Um mittel- und langfristig den Betrieben Energie zu wettbewerbsfähigen Konditionen zur Verfügung stellen zu können, sind eine starke Strom-Infrastruktur und der Ausbau Erneuerbarer Energien nötig. Es braucht Offenheit für neue Technologien. Neben der Weiterentwicklung der Wasserstoff-Technologie sollte, laut der Industrie NÖ, auch Carbon-Capture und -Storage

mehr in den Fokus gerückt werden. Zudem sind enorme Investitionen notwendig, um einerseits die Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung, insbesondere Automatisierung und Robotisierung, zu erhöhen und so den Standortnachteil bei den Energiekosten abzufedern, und andererseits die Energietransformation selbst zu bewerkstelligen. Hier liegt auch die Chance für Niederösterreich als großes Flächenbundesland, denn es ist genügend für den Ausbau der Erneuerbaren vorhanden.

Autorin: Helene Tuma

KENNZAHLEN DER INDUSTRIE NIEDERÖSTERREICH

Vergleichszahlen in Klammer beziehen sich auf ganz Österreich



Anm. 1: Anteil der Industrie am Kammerbereich gemessen am Produktionswert; 2021; Anm. 2: Exportintensität = Auslandsumsatz / Gesamtumsatz (Unternehmensebene); 2022 endgültig; Anm. 3: Gesamtpersonal = Eigenpersonal + Fremdpersonal; Abges. Prod.; 2022 endgültig; Anm. 4: Interne F&E-Ausgaben nach F&E-Standort(en) des Unternehmens; 2019
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik in der Kammerstatistik; Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung; Leistungs- und Strukturstatistik

„Der Industriestandort Niederösterreich ist grundsätzlich gut und zukunftsfit aufgestellt.“

Helmut Schwarzl, Obmann der Sparte Industrie der WKNÖ, im Interview über die Herausforderungen durch hohe Energiekosten, Fachkräftemangel, die Suche nach geeigneten Lehrlingen und die Rolle Erneuerbarer Energien für die Industrie.

Wie haben sich die Corona-Krise, der Krieg in der Ukraine und die hohe Inflation auf die Unternehmen der Sparte Industrie Niederösterreich ausgewirkt?

Niederösterreichs Industrie hat angesichts von Corona und dem Ukraine-Krieg eine bemerkenswerte Krisenresilienz bewiesen und sich einmal mehr als Motor für Wachstum, Exporte, Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand bewährt.

Tatsache ist aber auch, dass hohe Energiekosten, die hohe Inflation und die massiven Zinserhöhungen uns jetzt in eine Rezession geführt haben. Mehr als ein Drittel der Unternehmen melden aktuell, dass sie ihre Produktion zurückfahren mussten. Nur rund 13 Prozent verzeichnen noch Produktionssteigerungen.

Auch die Auftragseingänge sind zuletzt deutlich zurückgegangen. Worauf führen Sie das zurück und wie kann dieser Entwicklung gegengesteuert werden?

Wir sind sehr stark exportorientiert, stehen im internationalen Wettbewerb. Jeder Kostennachteil – etwa durch eine höhere Inflation und höhere Energiekosten als beim Wettbewerb – der jetzt noch zusätzlich zur ohnehin hohen Steuerbelastung zum Tragen kommt, wirkt sich da negativ aus. Unsere Betriebe können nach wie vor mit ihrer hohen Qualität und Verlässlichkeit punkten. Aber auch die beste Qualität stößt irgendwann an Grenzen, wenn man preislich durch den eigenen Kostendruck nicht mithalten kann. In vielen Bereichen wie Holzindustrie, Kunststoffverarbeitung, Beton, Metallverarbeitung spüren wir auch die starke Verflechtung mit dem Bau, der ja durch die Inflation, die Zinserhöhungen und die überzogene KIM-Verordnung massiv eingebrochen ist.

Die produzierende Industrie hat einen sehr hohen Energie-/Gasverbrauch. Wie sehr wirken sich die hohen Energiekosten auf die Unternehmen aus?

Sehr! Wir brauchen dringend eine Energieversorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen, den Ausbau der Stromnetze und weitere Förde-



rungen für die Umstellung auf alternative Energieträger.

Sehen Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, grünem Gas und Wasserstoff als belastbare Alternativen für die Zukunft?

Die Betriebe beschäftigen sich schon länger mit alternativen Energieträgern. Klar ist aber, dass jedes Unternehmen die optimale Variante für die eigenen Produktionsbedingungen erarbeiten muss. So zu tun, als könnten Betriebe, quasi auf Knopfdruck, ihre Energieversorgung umstellen, ist naiv. Wichtig ist, dass der Gesetzgeber Technologieoffenheit zulässt und alle möglichen Alternativen gleichermaßen fördert. Wenn sinnvolle Lösungen für einen Standort durch unzählige bürokratische Mühlen zermürbt werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Produktionen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung dorthin wandern, wo Fortschritt und Transformation ohne Hürden möglich sind.

Wie zukunftsfit ist der Industriestandort Niederösterreich?

Der Industriestandort Niederösterreich ist grundsätzlich gut und zukunftsfit aufgestellt. Allerdings liegen viele Themen auf dem Tisch, die nicht in der Hand des Bundeslands liegen. Ich denke etwa an die hohe Steuerlast, die Bürokratie und die Tendenz, dass in Österreich EU-Richtlinien mit besonderer Genauigkeit und Schärfe umgesetzt werden. Dieses „gold plating“ belastet die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Nicht immer ist es von Vorteil ein Musterschüler zu sein. In allen genannten Bereichen gibt es zweifellos Verbesserungspotenziale.

Wie sehr betrifft das Thema Fachkräftemangel die Betriebe der Industrie Niederösterreichs?

Das ist weiter ein höchst herausforderndes Thema. Es ist ein Trugschluss, zu meinen, dass konjunkturell schwierige Zeiten automatisch den Arbeits- und Fachkräftemangel mildern. Gut qualifizierte Beschäftigte sind die Basis für Innovation,

„Unsere Betriebe können nach wie vor mit ihrer hohen Qualität und Verlässlichkeit punkten.“

Entwicklung und Erfolg, besonders auch in herausfordernden Zeiten wie diesen. Entscheidend ist, den Kostendruck für die Betriebe nicht so groß werden zu lassen, dass sie gezwungen werden, Beschäftigte abzubauen. Denn das ist ein Schritt in eine Abwärtsspirale, der uns langfristig schadet und den sich niemand wünschen kann. Wenn Produktionsstätten einmal verlagert werden, kehren sie in der Regel nicht mehr zurück.

Welche Schritte werden bei den Themen Aus- und Weiterbildung gesetzt?

In der Niederösterreichischen Industrie werden rund 2.700 Lehrlinge ausgebildet. Es ist allerdings deutlich schwieriger geworden, angebotene Lehrstellen zu besetzen. Einerseits fehlt es an Bewerberinnen und Bewerbern, andererseits auch an der nötigen schulischen Qualifikation, wie etwa den Grundkenntnissen in der Sprache und der Mathematik. Wir brauchen interessierte und engagierte junge Menschen, die Lust aufs Lernen haben. Ich halte die Fähigkeit und die Lust zum Lernen überhaupt für eine der wichtigsten Eigenschaften. Dort, wo sich Technologien immer weiterentwickeln, gehört das stetige Lernen einfach dazu.

Das Thema Digitalisierung wird immer wichtiger. Wie gut haben sich die Betriebe inzwischen darauf eingestellt?

Ich kenne keinen Industriebetrieb, für den Digitalisierung nicht längst Alltag ist, natürlich je nach Betrieb mit unterschiedlichen Anwendungsbereichen. Digitalisierung ist mittlerweile kein Zukunftsthema mehr, sie ist Realität und unabdingbar, um wettbewerbsfähig zu bleiben. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Die Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2023 hat insgesamt die erwartete konjunkturelle Abschwächung gebracht. Während die negativen Prognosen für Europa ziemlich genau eingetroffen sind, konnten die USA und China die Erwartungen übertreffen. Für 2024 sehen die Prognosen keine nennenswerte Erholung – aber auch keine Anzeichen einer verstärkten Eintrübung.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Vereinzelte war für das laufende Jahr ein deutlicher Wirtschaftseinbruch vorhergesagt worden, vor allem hinsichtlich China haben sich zur Jahresmitte zahlreiche warnende Stimmen gemeldet. Im Gegensatz zu diesen Stimmen wurde bereits im letzten „industrie aktuell“-Konjunkturbericht betont, dass es keine Anzeichen einer markanten Eintrübung der chinesischen Konjunktorentwicklung gibt; tatsächlich lagen die im Herbst veröffentlichten Wirtschaftsdaten aus China teilweise sogar über den Erwartungen, und auch die von der OECD erhobenen vorlaufenden Wirtschaftsindikatoren zeigen zuletzt einen spürbaren Aufwärtstrend. Somit dürfte China im laufenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund fünf Prozent erreichen. Weiter ungelöste Probleme am chinesischen Immobilienmarkt dämpfen aber die private Nachfrage, sodass für 2024 – trotz einer erwarteten Belebung des internationalen Handels – keine Wachstumsbeschleunigung zu erwarten ist. Insgesamt gesehen hat sich China aber, wieder einmal, als stabilisierendes Element der globalen Konjunktorentwicklung erwiesen.

Unerwartet positiv gestaltet hat sich 2023 die Wirtschaftsentwicklung in den USA, wo die Konsumenten offenbar während der Corona-Zeit gebildete Sparguthaben für zusätzliche Konsumausgaben verwendet haben. Zuletzt hat sich auch positiv ausgewirkt, dass die Kerninflation in den USA deutlich gesunken ist und damit die Notenbank FED auf eine weitere Anhebung der Leitzinsen verzichten konnte. War vor Jahresfrist noch erwartet worden, dass die USA im Jahr 2023 eine schwarze Null hinsichtlich der BIP-Entwicklung erreichen werden, dürfte der tatsächliche Wert bei

rund zwei Prozent liegen. Im Jahr 2024 wird sich, infolge einer verhaltenen Einkommensentwicklung, das Wachstum voraussichtlich um einen halben Prozentpunkt gegenüber dem Wert des heurigen Jahres abschwächen. Nachdem in Wahljahren in den USA die Fiskal- und Geldpolitik tendenziell expansiv gehalten wird, scheint ein Abrutschen der USA in eine Rezession aus gegenwärtiger Sicht unwahrscheinlich.

In Europa konnten die sehr bescheidenen Prognosewerte nicht übertroffen werden: Die Wachstumserwartungen für 2023 liegen sowohl für die EU insgesamt wie auch den Euroraum bei 0,6 %, was ziemlich genau den Prognosen vor Jahresfrist entspricht. Zur Jahresmitte vorgenommene Prognoserevisionen noch oben mussten im Herbst wieder zurückgenommen werden, da die wirtschaftliche Eintrübung im Jahresverlauf an Breite und Tiefe zugelegt hat. Diese Eintrübung hat insbesondere die Industrie betroffen, was sich nicht zuletzt in der besonders schwachen Wachstumsrate Deutschlands zeigt: Für 2023 erwartet (beispielsweise) die Herbstprognose der EU-Kommission eine Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um 0,3 %, im kommenden Jahr soll wieder eine schwach positive Wachstumsrate (+ 0,8 %) erzielt werden. Für alle EU-Länder liegen die vorlaufenden Wirtschaftsindikatoren im unterdurchschnittlichen Bereich, für Deutschland haben sie sich zuletzt sogar weiter verschlechtert. Für den Euroraum insgesamt sagen die Prognosen ein Wachstum im kommenden Jahr zwischen 1,1 und 1,3 % voraus.

Das globale Wachstum, das sich im laufenden Jahr auf (oder geringfügig unter) drei Prozent vermindert, sollte im kommenden Jahr 2024 mit etwa

selber Geschwindigkeit weitergehen, da sich weltweit moderate Wachstumsbeschleunigungen in einzelnen Ländern beziehungsweise Regionen und Wachstumsabschwächungen in anderen Gebieten in etwa die Waage halten.

Unter der Voraussetzung, dass es zu keinen weiteren Preisschocks am Energiemarkt kommt, sollte die Inflationsrate weltweit zurück gehen. Die Inflationsprognosen für den Euroraum für 2024 liegen zwischen 3,0 und 3,2 %. Nach einer beispiellosen Serie an Zinsanhebungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) wird gegenwärtig die Inflationsentwicklung im Euroraum beobachtet: Da gegenwärtig die Leitzinsen der EZB unter der Inflationsprognose für 2023 liegen, sind Meldungen über baldige Zinssenkungen noch verfrüht.

Ein differenziertes Gesamtbild zeigt der Business and Consumer Survey der Europäischen Union. Während sich die Einschätzung seitens der Konsumenten – ausgehend von einem historisch niedrigen Niveau – im Verlauf des letzten Jahres kontinuierlich verbessert hat, liegt die Einschätzung der Industrie fast ebenso kontinuierlich auf einem absteigenden Pfad. Das weiterhin stabil hohe Beschäftigungsniveau scheint maßgeblich dazu beigetragen zu haben, dass das Konsumentenvertrauen sich gefestigt hat, allerdings auf einem weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt befindlichen Niveau. Die jüngsten Daten (November) geben aber zumindest Anlass zu Optimismus für das – für den Einzelhandel so wichtige – Weihnachtsgeschäft.

Die Einschätzung seitens der Industrie ist mit Beginn des zweiten Quartals 2023 unter den langjährigen Durchschnittswert gefallen, und hat sich ab dem dritten Quartal auch bereits deutlich von diesem – nach unten hin – entfernt. Die negative Einschätzung betrifft fast alle Euroländer mit ausgeprägt exportorientierter Industrie, zu den Län-



dern mit besonders negativer Einschätzung zählt neben Deutschland auch Österreich. Seit Ende des dritten Quartals 2023 weisen nun nicht mehr nur die Auftragsbücher auf drohende Produktionsrückgänge hin, sondern der beobachtete Produktionstrend hat sich markant verschlechtert. Die schwache Auftragslage ist also in den Produktionshallen angekommen. Ein relativ positives Zeichen ist aber, dass seit Sommer die Geschwindigkeit der Verschlechterung der Auftragslage zurück geht: So eine Konstellation weist im Regelfall auf eine nahende Bodenbildung im Abwärtsprozess hin. Andererseits hat sich zuletzt die Aussicht, Industriearbeitskräfte abzubauen, deutlich konkretisiert, was wiederum für die Erwartung einer länger anhaltenden Krise spricht.

Die Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter knapp 400 Unternehmen mit rund 300.000 Beschäftigten) aus dem Herbst 2023 bestätigt eine rasche Verschlechterung der Lage der Industrie, auch aus Sicht der österreichischen Industrieunternehmen. Die Zahl an Unternehmen, die die gegenwärtige Geschäftslage als „schlecht“ bezeichnen, hat sich drastisch erhöht; aufgrund weiter verschlechterter Auftragslage ist auch die Erwartungshaltung auf Sicht von sechs Monaten erheblich eingetrübt. Nach bereits neun Quartalen mit laufend verschlechterter Einschätzung hat die negative Einschätzung nicht nur eine mittlerweile deutliche Tiefe sondern auch eine beachtliche Ausweitung über viele wichtige Industriebereiche erfahren. ■

Die Industrie ist und bleibt Motor der heimischen Wirtschaft

Als wichtige Säule der Wirtschaft gibt sie Impulse und setzt Akzente, direkt in den Regionen und weit darüber hinaus.

Mag. Andreas Mörk



Mag. Andreas Mörk

Die kürzlich erschienene Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammer-systematik belegt die Bedeutung der Industrie im heimischen Wirtschaftsgeflecht erneut. Die Industrie ist Impulsgeber, Netzwerkakteur, regionaler Player und Investor. Sie ist ein wichtiger Motor für Innovation und Wachstum und trägt wesentlich zur (regionalen) Wertschöpfung bei. Das jüngst veröffentlichte Datenmaterial der Statistik Austria dimensioniert die Industrie im Vergleich zur Gewerblichen Wirtschaft für das Jahr 2021.

schaften im Aggregat drei Viertel der industriellen Wertschöpfung, tätigen 72 % der Bruttoinvestitionen und 87 % der gesamten laufenden Ausgaben und Investitionen für den Umweltschutz. In ihrer Leistungskraft tragen diese Großunternehmen wesentlich zum Wohlstand bei, allerdings brauchen sie die KMU der heimischen Wirtschaft, um im Netzwerk und Zusammenspiel aus Groß und Klein gemeinsam erfolgreich agieren zu können. Die KMU und Großunternehmen der Industrie Österreichs erwirtschafteten 2021 gemeinsam mehr als 206 Mrd. Euro an Produktionswert bzw. mehr als 50 Mrd. Euro an Wertschöpfung und investieren 8,5 Mrd. Euro.

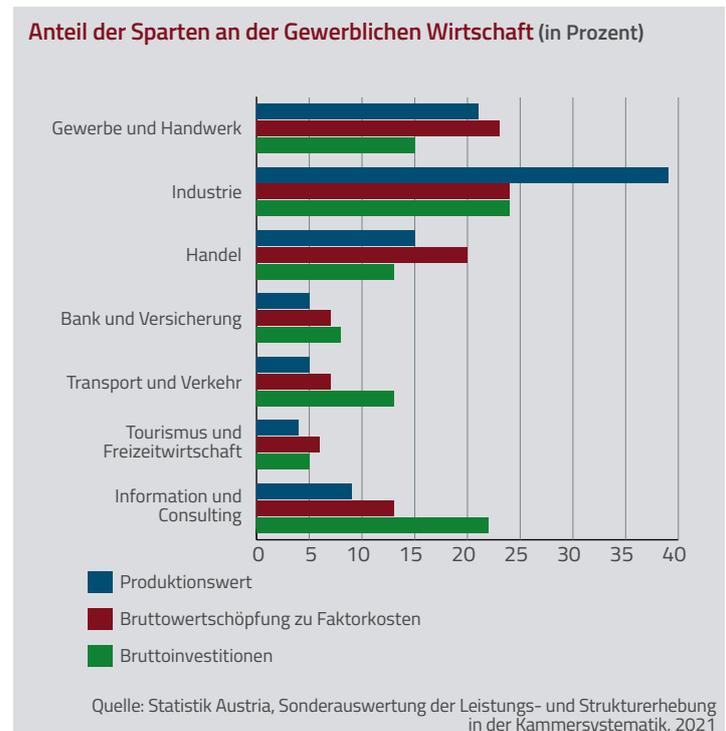
Jeder vierte Euro an Wertschöpfung kommt aus der Industrie

Bei den Leistungskennzahlen ist die Industrie Spitzenreiter in der Gewerblichen Wirtschaft, keine andere Sparte hält derart hohe Anteile: 39 % des Produktionswertes bzw. 24 % Wertschöpfung der Gewerblichen Wirtschaft stammen aus den Unternehmen der Industrie. 24 % der Bruttoinvestitionen der gesamten gewerblichen Wirtschaft wird in einem heimischen Industrieunternehmen verbucht. Das Erstaunliche dabei: Diese Leistungskraft wird von lediglich 1 % der Unternehmen der Gewerblichen Wirtschaft erbracht. Dies hängt zum einen mit Unternehmensgeflechten (rechtlichen Einheiten) zusammen und zum anderen mit den Größenstrukturen, die sich daraus ergeben. Aber: Die Industrie besteht nicht nur aus großen Unternehmen.

88 % der Industrieunternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit bis zu 250 Beschäftigten. 12 % der Industrieunternehmen sind folglich Großunternehmen, konkret sind das in der heimischen Industrie rund 440. Letztere erwirt-

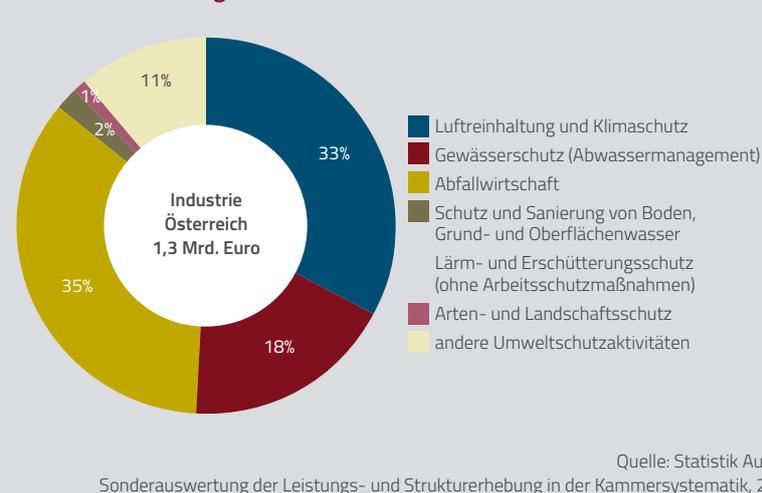
Die regionale Bedeutung der Industrie variiert je nach Bundesland

Ein Blick auf die regionale Streuung identifiziert



Oberösterreich, Niederösterreich und die Steiermark als die Top 3 Bundesländer, wenn es darum geht, wo die meiste industrielle Wertschöpfung stattfindet bzw. wo die Industrieunternehmen am meisten investieren (Absolutbetrachtung). In Summe wird in diesen drei Bundesländern 29 Mrd. Euro der insgesamt 50 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten generiert bzw. werden 5 Mrd. Euro der insgesamt 8,5 Mrd. Euro der gesamten Investitionen der Industrie getätigt.

Gesamte lfd. Ausgaben & Investitionen für den Umweltschutz & in saubere Technologien



Neben diesen quantitativen Messgrößen erlaubt die Statistik noch eine weitere Perspektive: Jene nach der höchsten relativen Bedeutung der Industrie in den Bundesländern. Geht man der Frage nach, in welchen Bundesländern die Industrie überdurchschnittliche Bedeutung hat, so tauchen neben Oberösterreich und der Steiermark insbesondere Kärnten und Vorarlberg auf. Hier ist die industrielle Durchdringung bei der Wertschöpfung besonders hoch. In Kärnten stammen 37 % der Bruttowertschöpfung der Gewerblichen Wirtschaft aus der Industrie, in Vorarlberg sind es 30 %. Dieses Bild zeigt sich auch bei den gesamten Investitionen im Jahr 2021: Jeder zweite investierte Euro der Gewerblichen Wirtschaft Kärntens kommt aus den Industrieunternehmen, rund vier von zehn Euro sind es in Vorarlberg.

Industrieunternehmen investieren kräftig in den Umweltschutz

Rund drei Viertel der gesamten Umweltschutzausgaben sind im Jahr 2021 laufende Ausgaben, ein Viertel sind Investitionen, die entweder in end-of-pipe-Einrichtungen oder in integrierte Technologien fließen. Bei der Frage danach, in welche Bereiche diese Mittel fließen, geht ein breites Feld auf. Werden die laufenden Ausgaben und die Investitionen aufsummiert, so fließen die Mittel insbesondere in die Abfallwirtschaft (35 %) bzw.

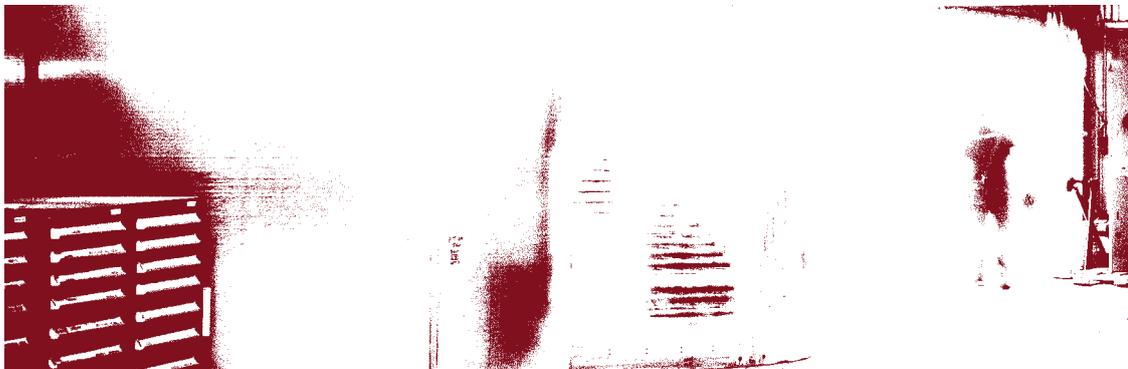
die Luftreinhaltung und der Klimaschutz (33 %) sowie der Gewässerschutz (18 %).

Gerade im Vergleich zum Vorjahr zeigen sowohl die laufenden Ausgaben als auch die Investitionen zweistellige Zuwächse. Die Investitionen steigen ebenso wie die laufenden Ausgaben für den Umweltschutz: 2021 geben die heimischen Industrieunternehmen insgesamt 1,3 Mrd. Euro aus, um ein Drittel mehr als noch im Vorjahr. Die laufenden Umweltschutzausgaben steigen um 29 % auf 929 Mio. Euro. Die Investitionen in Einrichtungen und Anlagen, die dem Emissionsschutz dienen, sowie Investitionen in spezielles Emissionsschutz-zubehör (vorwiegend „End-of-pipe-Einrichtungen“) wachsen um 46 % auf 207 Mio. Euro. Die Investitionen in Einrichtungen und Anlagen in Verbindung mit sauberen Technologien („integrierte Technologien“) legen um 52 % auf 128 Mio. Euro zu.

Die österreichische Industrie hat bereits bisher stark in den Umweltschutz investiert und wird dies aller Voraussicht nach auch künftig tun. Besonders vor dem Hintergrund der Transformation bedarf es jedoch eines geeigneten Rahmens, der eine hinreichende Umsetzung weiterhin ermöglicht. Um die volle Kraft der zukünftigen Hebelwirkungen zu entfalten, bedarf es eines maßgeschneiderten und praxistauglichen Maßnahmenpakets. ■

Foto: WKO

Branchenübersicht



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 4. Quartal 2023	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	2.Q23/2.Q22 in Prozent	Einschätzung 4.Q23/4.Q22	2.Q23/2.Q22 in Prozent	Einschätzung 4.Q23/4.Q22	Einschätzung 4.Q23/4.Q22
Bergwerke und Stahl	-4,0	↔	3,5	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	-11,4	↓	-2,3	↔	↓
Glasindustrie	4,6	↓	-4,7	↔	↓
Chemische Industrie	-11,7	↓	2,0	↔	↓
Papierindustrie	-31,9	↓	0,5	↔	↓
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-7,9	↓	-1,8	↔	↓
Bauindustrie	-1,2	↔	0,0	↔	↓
Holzindustrie	-22,3	↓	-2,1	↓	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	6,4	↔	2,1	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-8,7	↓	-7,3	↔	↓
NE-Metallindustrie	-14,3	↓	1,9	↔	↓
Metalltechnische Industrie	0,7	↓	2,3	↔	↓
Fahrzeugindustrie	8,7	↑	0,5	↔	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	11,7	↔	4,9	↔	↓
Industrie gesamt	-14,1	↓	1,6	↔	↓

Anm.: Vorläufige Daten für das Jahr 2023 inkl. BSI-Adaptierung; Im Quartalsvergleich der abgesetzten Produktion spiegeln sich Preiseffekte wider; ¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.);
Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

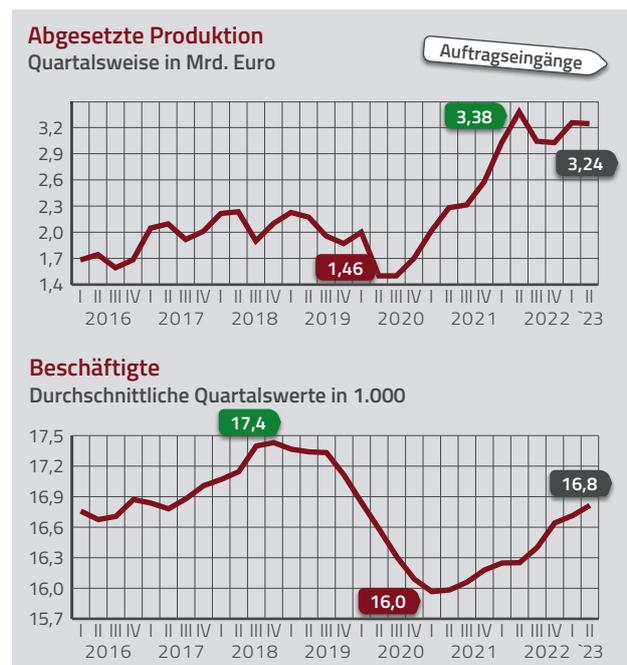
Gesamtindustrie

Die Konjunkturaussichten in der Industrie sind weiterhin stark eingetrübt. Im 4. Quartal 2023 erwarten viele Fachverbände der heimischen Industrie einen deutlichen Rückgang der abgesetzten Produktion und der Auftragseingänge. Wie bereits beim Ausblick auf das 3. Quartal liegen die Erwartungen der Papier- und Holzindustrie auch im 4. Quartal um mehr als zehn Prozent unter dem Vorjahresquartal. Im Vergleich zum Vorjahresquartal prognostizieren neun der 14 befragten Fachverbände sinkende Produktionswerte und zwölf sinkende Auftragseingänge im 4. Quartal 2023. Fehlende Auftragseingänge von heute bedeuten fehlende Produktion von morgen. ■

Bergbau und Stahl

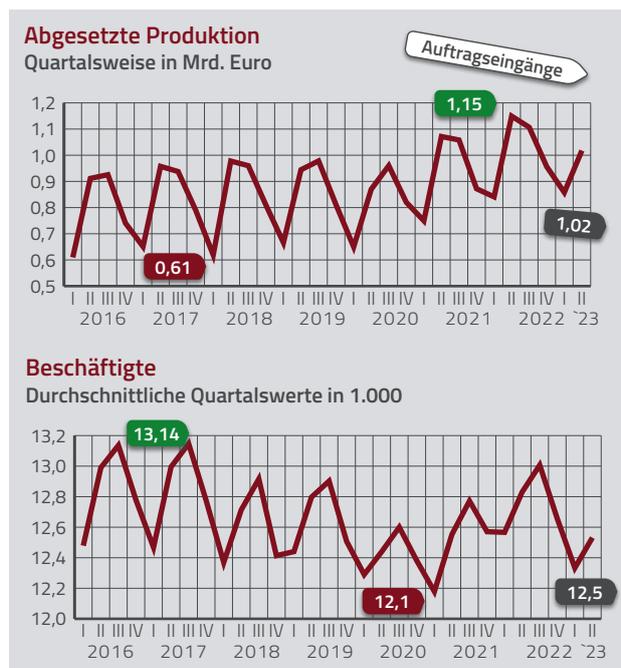
Die konjunkturelle Abschwächung insbesondere in Europa und die unsichere geopolitische Lage dämpft die Erwartungen der Unternehmen der österreichischen Bergbau- und Stahlindustrie. Dennoch sind einige Absatzmärkte bisher von der Rezession verschont geblieben. Die Nachfrage in den Bereichen Energie und Luftfahrt hält auf relativ hohem Niveau. Der Bereich Bahn und Bahninfrastruktur profitiert nach wie vor vom hohen Bedarf auf den europäischen Märkten, vor allem die Nachfrage nach Schieneninfrastruktur liegt über den Erwartungen. In den Bereichen Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie, Maschinenbau sowie Bauindustrie setzt sich der spürbare Rückgang der Nachfrage weiter fort. Die Nachfrage aus der Automobilindustrie entwickelt sich zufriedenstellend, die Engpässe in den Lieferketten lösen sich zunehmend auf. Um die europäischen Ziele der Dekarbonisierung zu erreichen, wurden in der österreichischen Stahlindustrie Projekte zur Herstellung von emissionsarmen Stahlherstellung gestartet, die eine Reduktion der Treibhausgase um 30 Prozent bis zum Jahr 2027 zum Ziel haben. Im ersten Schritt werden an den Standorten Linz und Donawitz Elektrolichtbogenöfen errichtet, die mit nachhaltig erzeugter elektrischer Energie betrieben werden. ■

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



Stein- und keramische Industrie

Der Nachfrageeinbruch im Wohnbau (Schätzungen gehen heuer von Baugenehmigungen für nur rund 15.000 Wohneinheiten im mehrgeschoßigen Segment aus) hat massive Auswirkungen auf den Hochbau und insbesondere die Ziegelindustrie. Besser ist die Situation bei Betonfertigteilen, weil diese Branche produktmäßig breiter aufgestellt ist und auch den Gewerbe- und Infrastrukturbau beliefert. Wesentlich besser ist die Situation im Tiefbau, natürlich mit lokalen Unterschieden, wenn auch hier eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar ist. Die exportorientierten Berufsgruppen sind von der schwächelnden Konjunktur auf den überregionalen Märkten betroffen, die aktuell vielen Branchen zu schaffen macht. Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine Erholung der Exportkonjunktur in der nächsten Zeit. Der Baupreisindex 2023 liegt immer noch über dem Niveau des Vorjahres. Das ist einer der Gründe für die schwache Auftragslage im Wohnbau. Bisher gibt es keine Anzeichen für eine Trendumkehr. Volle Lager und leere Auftragsbücher im Hochbau zwingen Unternehmen zum Sparen und Optimieren der Fixkosten. Hohe Baupreise und eine langsam sinkende Inflation, dazu hohe Zinsen wirken sich negativ auf die Ergebnisse und den Cashflow der Unternehmen aus. Beschäftigte sind ein wichtiges Kapital der Firmen und sollen so gut wie möglich gehalten werden. ■



Glasindustrie

Die Einbrüche bei den Baubewilligungen im großvolumigen und privaten Wohnbau kommen in den glasbe- und -verarbeitenden Betrieben inzwischen zeitverzögert an. Die Auftragsbestände gehen in einer lange nicht mehr dagewesenen Höhe zurück, die Aussichten sind düster. Die Branche versucht derzeit noch so viele Mitarbeiter wie möglich zu halten, rechnet aber mit einem weiteren Abschwung im nächsten Jahr.

Die Auftragslage im Bereich Wirtschaftsglas bleibt relativ konstant, Zuwächse werden hauptsächlich durch die florierenden weltweiten Exporte generiert. In der Schmuckindustrie wird volumenmäßig auf gleichbleibendem Niveau produziert, die Preise konnten inzwischen leicht angehoben werden.

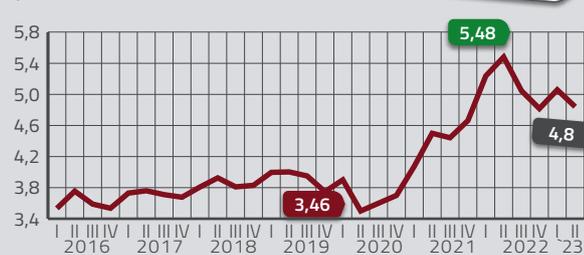
Die Stimmung in der Behälterglasindustrie trübt sich ein, die Nachfrage nach Glasverpackungen in Mitteleuropa geht infolge der Inflation zurück. Die Hersteller berichten von temporären Unterauslastungen der Kapazitäten. Grund für die schwächere Produktionstätigkeit ist weiterhin der Abbau von größeren Lagerbeständen bei Kunden, aber auch das veränderte Konsumverhalten im Lebensmittelhandel und in der Gastronomie. ■



Chemische Industrie

Die chemische Industrie ist aufgrund des Ukraine-Krieges nach wie vor mit in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesenen Unsicherheiten und schwierigen Perspektiven konfrontiert. Nach einem schwachen 1. Halbjahr 2023 mit leichtem Produktionsrückgang blieb die Lage für die chemische Industrie auch im 3. Quartal 2023 schwierig. Beim Produktionswert sollte die Talsohle erreicht worden sein. Da auch der Auftragseingang weiterhin sehr verhalten ist, kann derzeit nicht abgeschätzt werden, ab wann mit einer Trendwende zu rechnen ist – zudem sich auch beim mit Abstand wichtigsten Handelspartner Deutschland nach wie vor mit keiner Erholung der Konjunktur abzeichnet. Und auch wenn die Energiepreise mittlerweile wieder gesunken sind, liegen sie noch immer deutlich über dem Niveau vor der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine – die drohenden Lieferprobleme nach Auslaufen der Transitverträge mit der Ukraine stellen einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar. Offen und dabei entscheidend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht zuletzt die Frage, wie angesichts der neuerlichen Krisensituation die notwendigen Investitionen Richtung Zukunftstrends, insbesondere sämtliche Green Deal-Anwendungen, finanziert werden können. Klar ist, die Weichenstellungen dafür müssen jetzt erfolgen. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



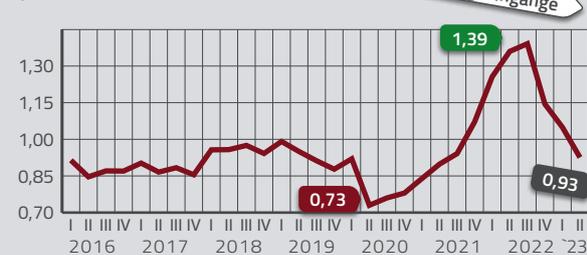
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Papierindustrie

Nach dem Post-Corona-Aufschwung im Frühjahr ließ die Dynamik in der Papierbranche deutlich nach und hat sich auch bis in den Herbst nicht erholt. Vorhandene Lagerbestände und schwache Konsumnachfrage führten zu einem geringen Auftragseingang, dazu kamen Umbau-bedingte Stillstände auf einigen Papiermaschinen. Insgesamt ging die Produktion um über 20 Prozent zurück, während die restliche europäische Papierindustrie bis jetzt um rund 17 Prozent an Menge verlor. Überdurchschnittlich schwach zeigte sich der grafische Sektor, etwas besser, aber auch rückläufig, Verpackungs- und Spezialsorten. In dieser volatilen Situation fallen nicht nur die Kosten für Rohstoffe (Holz, Zellstoff, Altpapier, Chemikalien) und Energie (Strom und Gas), sondern auch die Durchschnittserlöse pro Tonnen Papier. Die Lohn- und Gehaltskosten hingegen stiegen mit dem neuen KV-Abschluss ab Mai. Die Zahl der Beschäftigten in der heimischen Papierindustrie ist im Jahresvergleich noch stabil und liegt weiter bei 7.700 Mitarbeiter. Im wichtigen Packaging-Bereich steht ein Meilenstein an, sollte die EU eine neue VerpackungsVO (PPWR) beschließen, die wiederverwendbaren Kunststoff-Verpackungen einen Vorrang einräumt. Ein Großteil der Investitionen sollen den Werken jedoch helfen, Energie und damit Kosten und CO₂ zu sparen. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die industrielle Papierverarbeitung verzeichnet seit Jahresbeginn infolge massiver Steigerungen bei Energie- und Materialkosten eine deutliche Abwärtsentwicklung. Gründe sind die Teuerung samt Nachfragerückgang der privaten Haushalte, starke Auftragsrückgänge und die Rezession im gesamten wirtschaftlichen Umfeld inklusive des wichtigsten Wirtschaftspartners Deutschland, was die exportorientierte Branche besonders hart trifft. All das führt in der PROPAK-Industrie zu einem Rückgang in der Mengenentwicklung, die deutlich unter Vorkrisenniveau liegt. Mit einem langsamen Turnaround ist frühestens im 2. Quartal 2024 zu rechnen.

Darüber hinaus machen die stark gestiegenen Arbeitskosten den PROPAK-Unternehmen zu schaffen. Die Branche sichert heimische Arbeitsplätze, bildet engagierte Fachkräfte aus, stellt nachhaltige Produkte her und bietet innovative Dienstleistungen. Sie ist ein attraktiver und stabiler Arbeitgeber, kann aber die Inflation nicht alleine abgelenken. Im Kontext von Rezession und hohem Verbraucherpreisindex (VPI) wird für die Lohn-/Gehaltsverhandlungen im Februar ein zähes Ringen um einen tragfähigen Kompromiss erwartet.

Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

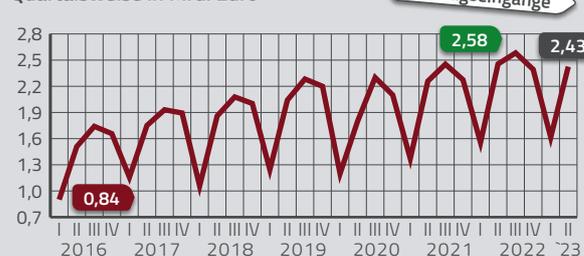


Bauindustrie

Insbesondere die Hürden bei der Fremdfinanzierung durch das hohe Leitzinsniveau und die KIM-Verordnung haben den Wohnungsneubau nahezu zum Erliegen gebracht. Laut den aktuellen Konjunkturprognosen zeigt sich auch für die anderen Hochbausparten sowie nachgelagerte Branchenteile eine weiterhin negative Entwicklung bis 2025. Allfällig positive Impulse werden im Bereich der Sanierung erwartet. Im Tiefbau sorgen langfristige Investitionspläne der öffentlichen Infrastruktur-Auftraggeber sowie Breitbandausbau und Projekte zur Ökologisierung der Energieversorgung für positive Auslastungsprognosen. Einige weltmarktabhängige Baustoffe, wie Baustahl und Bitumen, haben sich nach stark volatiler Kostenentwicklung derzeit auf etwas niedrigerem Niveau eingependelt. Demgegenüber verharren aber wesentliche mineralische Baustoffe, wie Zementprodukte und Ziegel – ungeachtet der stark gesunkenen Primärenergiekosten – immer noch auf ungewohnt hohem Preisniveau. Angesichts der nur langsam sinkenden Verbraucherpreise wird darüber hinaus auch die Personalkostenentwicklung im kommenden Jahren weiterhin den Druck bei der Preisbildung weiter erhöhen. Im Zuge der rückläufigen Auftragsentwicklung hält auch im 4. Quartal der Abwärtstrend bei den Beschäftigtenzahlen im Hoch- und Tiefbau weiterhin an.

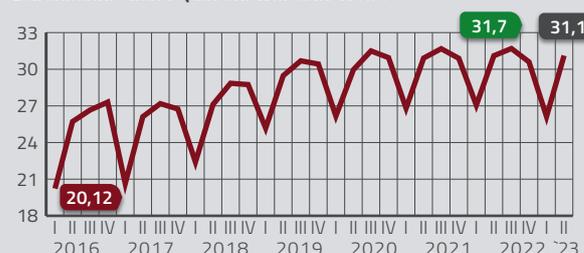
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



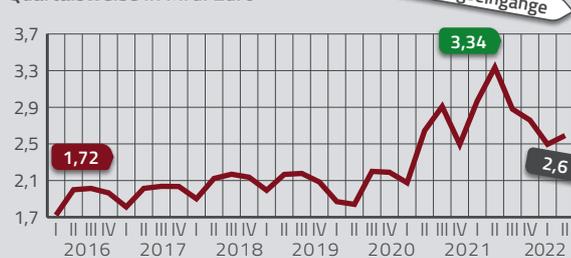
Holzindustrie

Der starke Rückgang der Baukonjunktur speziell in Mitteleuropa wirkt sich spürbar negativ auf die gesamte Wertschöpfungskette aus. Durch den Nachfragerückgang müssen die Produktionen in nahezu allen Bereichen angepasst werden. Das internationale Geschäft läuft deutlich schlechter als in Österreich. Dementsprechend verschärft die schwächelnde Weltwirtschaft den Nachfragerückgang. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung sind auch die Preise stark unter Druck. Die in weiten Bereichen steigenden Rohstoffpreise verschärfen die Kostensituation für die gesamte Wertschöpfungskette. Trotz schlechter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind die Firmen aber bestrebt, das Stammpersonal zu halten, denn in einzelnen Bereichen ist der Fachkräftemangel weiterhin evident. Das Investitionsklima ist gedämpft. Investments erfolgen, wenn überhaupt, nur in kleinen Projekten. Liquidität ist das Gebot der Stunde. Es ist zunehmend feststellbar, dass neue Produktionen in den osteuropäischen Raum bzw. in die USA verlagert werden. ■

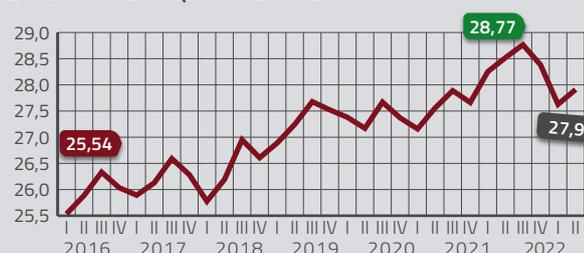
Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Das Jahr 2023 stand erneut im Zeichen von Krisen: Zum Ukraine-Krieg kam die Eskalation im Nahen Osten. Die Teuerung hielt die Branche ebenso in Atem wie der spürbare Klimawandel und die anhaltende Unsicherheit an den Rohstoff- und Energiemärkten. Die damit verbundene Kostenexplosion – auch bei Lebensmitteln, Getränken und Futtermitteln – hat uns die höchste Inflation seit 70 Jahren beschert. Der Inlandsmarkt ist nach wie vor durch die anhaltend hohe Handelskonzentration unverändert angespannt und lässt für viele Unternehmen nach wie vor keine wirtschaftlich notwendigen Spielräume zu. Eine Herausforderung ist die weiterhin hohe Inflation. In den letzten zwölf Monaten (November 2022 bis Oktober 2023) betrug die Gesamtinflation durchschnittlich 8,7 Prozent, im Bereich der Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke sogar 12,6 Prozent. Diese Teuerung deckt die Kostensteigerungen in der Lebensmittelproduktion nicht ab. Viele Betriebe kämpfen daher unverändert mit hohen Kosten, etwa für Energie. Der Branchenbericht „Lebensmittel“ der Bundeswettbewerbsbehörde zeigt, dass die Gewinnmargen für Lebensmittel- und Getränkehersteller von 2021 auf 2022 um über zwei Prozentpunkte gesunken sind. In Österreich machen Lebensmittelausgaben nur zehn Prozent der Haushaltsgesamtausgaben aus, gegenüber 15 Prozent im EU-Durchschnitt. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



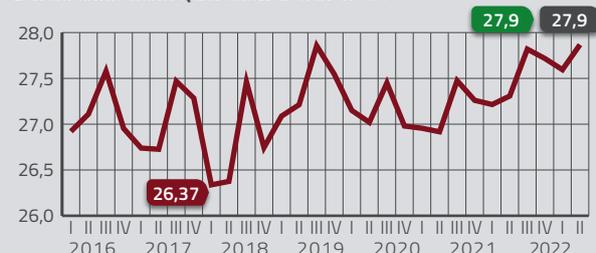
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



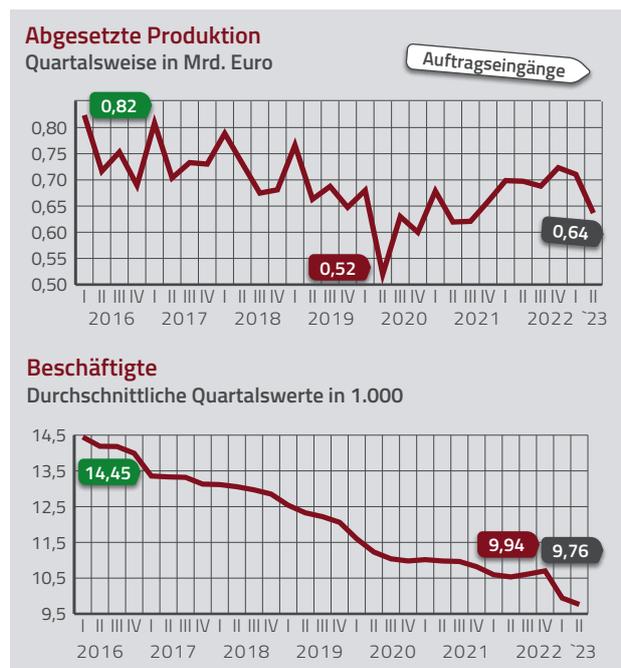
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

In der **Bekleidungsindustrie** scheint die rückläufige Auftragslage, im Vergleich zur Vorjahresperiode, die besonders gut war, noch nicht beendet. Am Hauptabsatzmarkt Deutschland ist noch keine Trendumkehr erkennbar. Produktion und Beschäftigte zeigen ein konstantes Niveau. Große Sorge bereiten die KV-Erhöhungen 2024. Die Auftragslage und Produktionszahlen in der **Schuhindustrie** sind bei manchen Herstellern durch Ausfallkunden stark rückläufig, bei anderen wiederum durch den USA- und Benelux-Markt besser als im Vorjahr. Die Lohnkosten und Energiepreise haben die Kostensituation gravierend verschlechtert. Entscheidend für die Standorterhaltung in Österreich: Energiekostenreduktion, Inflationsbekämpfung, Gerechtigkeit der Lieferkettennachvollziehbarkeit, d.h. weltweit die gleichen Voraussetzungen bei Umwelt-/ Sozialstandards schaffen.

Die **Textilindustrie** verzeichnete im 1. Halbjahr 2023 sowohl beim Umsatz als auch bei den Beschäftigten ein moderates Minus. Die Unternehmen melden, dass die Geschäftslage eingebrochen ist und die Kostensteigerungen (v. a. beim Personal) Einbußen bei der Wettbewerbsfähigkeit erwarten lassen. ■



NE-Metallindustrie

Die konjunkturelle Abschwächung und die unsichere geopolitische Lage dämpfen die Erwartungen der österreichischen NE- Metallindustrie. Die höheren Energiekosten und die in den letzten Jahren gegenüber den wichtigsten europäischen Mitbewerbern stärker gestiegenen Lohnkosten führen zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen der österreichischen NE- Metallbetriebe, insbesondere gegenüber Deutschland. Im Bereich der Walzwaren wird mit einer rückläufigen Nachfrage gerechnet, die Absätze im Bereich der industriellen Anwendungen gehen zurück, im Bereich der Luftfahrt, Automobilindustrie und Verpackungsindustrie konnte aber der positive Trend in der Absatzentwicklung annähernd gehalten werden. Auch im Bereich Presswaren entwickelt sich die Nachfrage aus dem Bereich Energie weiterhin stabil, aus dem Bereich Automobilindustrie zufriedenstellend. Der nach wie vor anhaltende Trend zur E-Mobilität auf den Automobilmärkten und die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung bewirken eine höhere Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten. Im Bereich der Wolfram- und Kupferproduktion wird ebenfalls mit einer rückläufigen Entwicklung gerechnet. Bei der Herstellung von raffiniertem Kupfer wirken vor allen die hohen Energiekosten negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit. ■



Metalltechnische Industrie

In der zweiten Jahreshälfte 2023 ist die Konjunktur in der Metalltechnischen Industrie eingebrochen. Die Produktion hat bereits in der ersten Jahreshälfte stark nachgelassen. Nun sind auch die Aufträge in der Metallwarenindustrie stark rückläufig. Der Maschinenbau hat noch lange Zeit von einer guten Auftragslage profitiert und durch die langen Auftragsdurchlaufzeiten konnte die Produktion weitgehend stabil gehalten werden. Die Auftragslage im Maschinenbau sinkt nun, was ebenfalls zu einem Rückgang der Produktion führt. Aufgrund der äußerst angespannten Margen-Situation in der Industrie, gehen zudem die Investitionen stark zurück und werden aufgrund des steigenden Zinsniveaus in die Zukunft verschoben. Die negativen Rahmenbedingungen verschlechtern die Prognosen für Produktion und Auftragseingänge. In den nächsten Monaten ist zudem in der metalltechnischen Industrie erstmals seit langer Zeit auch mit einem merkbaren Beschäftigungsrückgang zu rechnen. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fahrzeugindustrie

Bei rückläufiger Auftragslage und entsprechend sinkenden Exporten konnte die Fahrzeugindustrie im 3. Quartal 2023 die Produktion im Schnitt leicht steigern. Einem Teil der Unternehmen der Branche ist es gelungen, die Anzahl der Beschäftigten konstant zu halten, beziehungsweise auftretende Schwankungen in der Produktion durch Leiharbeiter auszugleichen. Die Suche nach geeigneten Fachkräften gelingt nach wie vor nur mit einem erheblichen Mehraufwand und wird in der Branche ein produktionslimitierender Faktor bleiben. Im Bereich der Kosten wirken sich sinkende Energie- und eine Normalisierung der Rohstoffpreise positiv aus und führen zu einer Entspannung des Preisniveaus. Um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben, sind auch künftig große Anstrengungen notwendig. Investitionen werden teilweise verschoben bzw. reduziert. Ein anderes Bild zeigt sich bei der Motorenproduktion. Hier können in den Bereichen Aufträge, Produktion und Investition Steigerungen festgestellt werden. Förderprogramme für transformatorische Investitionen sind daher eine wichtige Unterstützung für die grüne und digitale Umwandlung der österreichischen Fahrzeugindustrie, um weiterhin eine Leitbranche für unser Land zu bleiben. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Elektro- und Elektronikindustrie

Die allgemeine Schwächephase der österreichischen Volkswirtschaft macht sich aktuell auch in der Elektro- und Elektronikindustrie bemerkbar, wo im 4. Quartal 2023 eine nach wie vor stagnierende bis leicht negative Stimmung vorherrscht. Vor allem die im Zuge der schwachen Weltkonjunktur eingebrochenen Auftragslage, sowie die nach wie vor erhöhten Energiekosten wirken sich wachstumshemmend auf die Unternehmen aus. Im Vergleich zum Vorjahr stagniert die Produktion, während die Auftragsituation klar rückläufig ist. In diesem Kontext verfolgen die Unternehmen die Entwicklungen in den großen Exportmärkten wie China sowie den USA und versuchen abzuschätzen, wann eine stärkere Erholung der Konjunktur wieder eintreten kann. Die geopolitischen Krisen in der Ukraine und dem Nahen Osten werden ebenfalls genau verfolgt, da erneute Schocks in den Energiemärkten auch die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie treffen würden. Mit Spannung erwartet werden auch die anstehenden Kollektivvertragsverhandlungen, da übermäßig steigende Personalkosten im jetzigen Umfeld eine zusätzliche Belastung für die Unternehmen darstellen würden. Auch der Fachkräftemangel bleibt ein Problem und sorgt bei den Unternehmen vor allem langfristig für Kopfzerbrechen. Das Investitionsklima kann aktuell als verhalten bezeichnet werden. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:
Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,
Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:
Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),
Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)
www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Digital Distillery GmbH

Coverbild: Wienerberger AG

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Georg Knill, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Mag. Philipp Brunner, Helene Tuma, Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich
ISSN: 1023-8387

